

DOSSIER

IMPORT DEPORT

Europäische Migrationsregime
in Zeiten der Krise

Vorwort von Clare Daly

ZETKIN.FORUM

ZETKIN
FORUM
FOR SOCIAL
RESEARCH

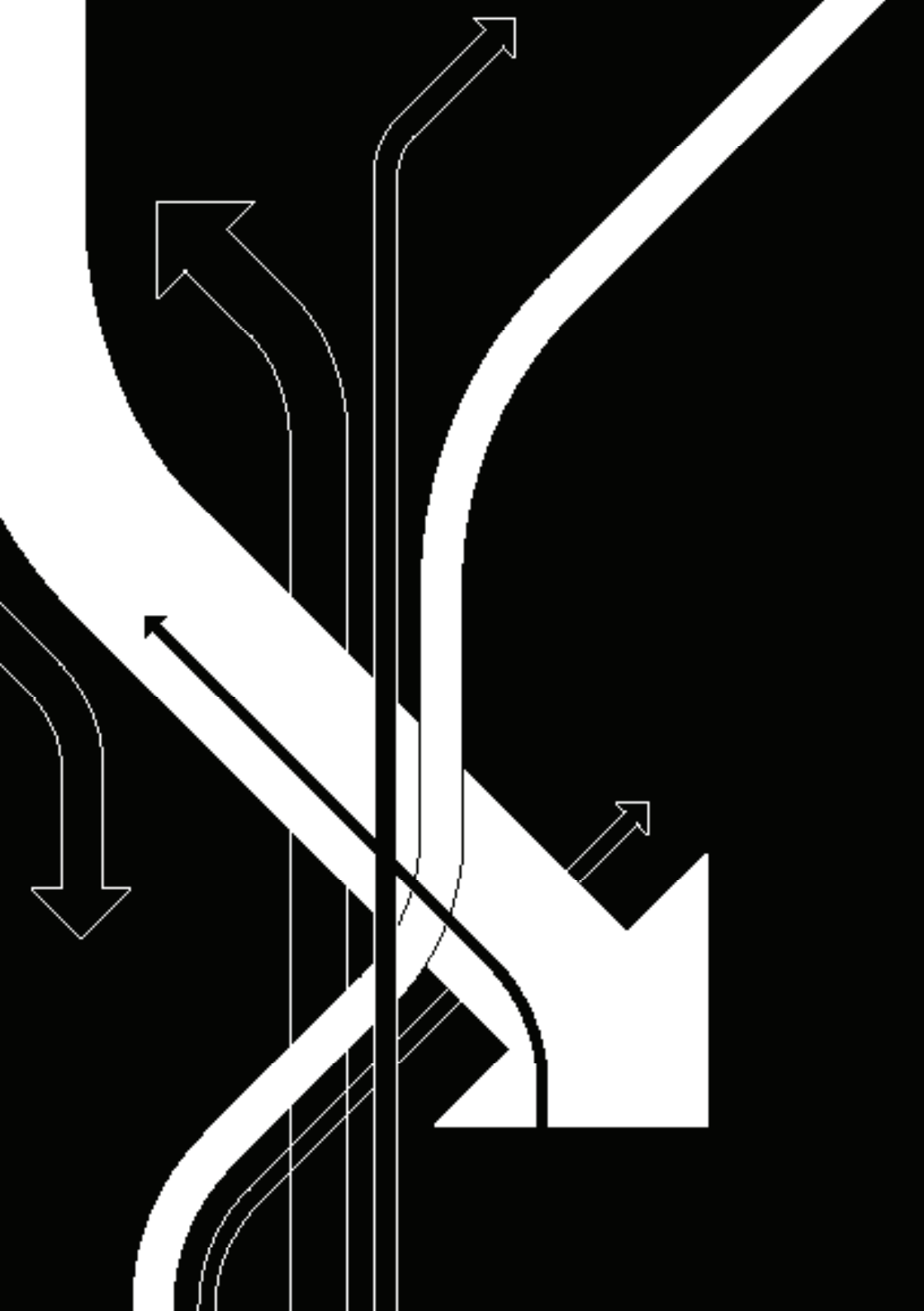


ZETKIN FORUM FOR SOCIAL RESEARCH

Europäische Plattform für
internationalen Austausch,
sozialen Fortschritt und
wissenschaftliche Forschung,
geleitet von den Prinzipien
des Internationalismus und
Antifaschismus



VORWORT 05
<i>von Clare Daly</i>	
EINFÜHRUNG 07
<i>von Zetkin Forum</i>	
DÄNEMARK 11
<i>Ein Beitrag von Anne Jessen (Demos): Menschenrechte unterm Messer</i>	
FRANKREICH 18
<i>Ein Beitrag von Aurélie Dianara (Contretemps): Unter parlamentarischem Theater wird das repressivste Migrationsgesetz verabschiedet</i>	
DEUTSCHLAND 24
<i>Ein Beitrag von Rabab Douwa und Thana Douwa (Migrantifu Rhein-Main): Von Gastarbeiterpolitik zu freiheitsberaubenden Maßnahmen gegen Migrantinnen und Migranten</i>	
POLEN 32
<i>Ein Beitrag von Pawel Wargan (Progressive International): Migrationspolitik als kontrollierte Zu- und Abwanderung von Arbeitskräften</i>	
SCHWEIZ 38
<i>Ein Beitrag von Andrin Mando (antira.org): Von Bunkern als Unterkünften und der Normalisierung rassistischer Debatten</i>	
ITALIEN 43
<i>Ein Beitrag von Abdelouahad El Mir (Movimento Migranti e Rifugiati Napoli - Potere al Popolo): Wie die europäischen Grenzen auf die andere Seite des Mittelmeers verschoben werden</i>	
GROSSBRITANNIEN 50
<i>Ein Beitrag von Joti Brar (CPGB-ML): „Stoppt die Boote!“ Das politische Manöver der Einwanderungsdebatte</i>	
ENDNOTES 57



VORWORT

von Clare Daly

Spätestens seit 2015 hören wir alle von der „Migrationskrise“ in Europa. Doch in Europa herrscht keine „Krise“ der Migration. Vielmehr herrschen in Europa seit neun Jahren oder mehr verschiedene politische Krisen. Das Thema „Migration“ wird immer wieder genutzt, um von den sehr viel grundlegenden Problemen abzulenken, mit denen Europa konfrontiert ist.

Einflussreiche Politiker und Medien machen gemeinsame Sache, um Migration ganz oben auf der Agenda zu halten. In Irland beispielsweise bombardierten Medien und Politik die Öffentlichkeit wochenlang ohne Unterbrechung mit Diskussionen über Migration. Sehr ernst und voller Bedauern wird uns gesagt, dass wir „ehrlich“ über Migration sprechen müssen. Wir hätten keine Wahl.

Es ist allerdings bekannt, dass das politische und mediale Establishment sehr gut darin ist, Probleme zu ignorieren, wenn sie nur wollen. Es könnten 10.000 Menschen für Wohnraum für alle auf die Straße gehen und sie würden es mit keiner Silbe erwähnen. Warum also möchten sie diese Debatte unbedingt führen?

Es liegt auf der Hand: Wenn man über Einwanderung spricht, spricht man nicht über Wohnraum, Gesundheit oder die Tatsache, dass der eigene Staat den Interessen des transnationalen Kapitals dient und nicht seinen Bürgerinnen und Bürgern. Man verschleiert die wahren Gründe, die Menschen ärmer, prekärer und wütender machen, und verhindert so, dass sie sich zusammenschließen, um dagegen anzugehen.

Großbritannien ist Irland bei diesem Spiel ein Jahrzehnt voraus. Dort nimmt die „Diskussion“ über Migration bereits seit mindestens zehn Jahren beträchtlichen Raum ein, während gleichzeitig ein rigider Sparkurs betrieben wird. Und während das Establishment weiter munter „ehrlich“ über Migration debattierte, nahm die Kinderarmut rasant zu – Großbritannien verzeichnet inzwischen die höchste Kinderarmutsquote unter den

einkommensstarken Ländern der OECD. Britische Kinder sind nun kleiner als der EU-Durchschnitt, weil so viele von ihnen mangelernährt sind. Das Wohnungswesen ist vollkommen hinüber und die Menschen werden buchstäblich in den Tod getrieben, von einem Sozialsystem, das sie verachtet. Austerität hat sich als Konstante in der Politik verankert. Gelder für grundlegende Leistungen wie Gesundheitsversorgung, Lebensmittelunterstützung und Kinderbetreuung wurden dem Militärhaushalt geopfert.

Nur die Reichen werden auf diese Weise noch reicher. An den Zuwanderungszahlen ändert sich nichts. Diese „Diskussion“, diese „Krise“ ist ein Ablenkungsmanöver. Es ist keine Überraschung, dass sie den führenden Kreisen aus Politik und Medien gefällt. Gleichzeitig wird in der Migrationspakt der EU eine Goldgrube für die Rüstungs- und Sicherheitsindustrie werden, die sprudelnde Gewinne mit den Kriegen und der Unsicherheit machen, wegen denen die Menschen ihre Heimat überhaupt erst verlassen müssen.

Dies wird die Migration nicht aufhalten, sondern noch mehr Menschen das Leben kosten, die keine andere Wahl haben, als ihre Bleibe zu verlassen und zu versuchen, andernorts Sicherheit für sich und ihre Familien zu finden. Diejenigen, die diesem Pakt zugestimmt haben, sind sich dessen bewusst, und haben wissentlich ein Abkommen abgesegnet, das zum Tod vieler Menschen, einschließlich Kinder, führen wird. Sie haben ein Abkommen abgesegnet, durch das Kinder inhaftiert und Familien eingesperrt werden. Sie haben ein Abkommen abgesegnet, das Reiche reicher und Arme ärmer machen wird. Noch mehr öffentliche Gelder landen ohne Umwege in den Taschen der Verteidigungs- und Waffenindustrie. Aktionäre können sich an hohen Dividenden erfreuen.

Trotz schwächelnder Volkswirtschaften in der EU, die insbesondere die arbeitende Bevölkerung zu spüren bekommen, werden weitere Milliarden für Mauern, Drohnen und Spionagetechnik, für Auftragnehmer, Berater und Grenzschrützer, für kostspielige und tödliche Arrangements wie Pushbacks, Haft und Überwachung verschleudert. Milliarden werden dort eingespart, wo wir sie bräuchten – bei Wohnung, Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung – während gleichzeitig die Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

EINFÜHRUNG

Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei feindliche Lager gespalten ist, englische proletarians und irische proletarians. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den standard of life [Lebensstandard] herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der herrschenden Nation und macht sich eben deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten gegen Irland, befestigt damit deren Herrschaft über sich selbst. Er hegt religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. Er verhält sich ungefähr zu ihm wie die poor white [armen Weißen] zu den niggers in den ehemaligen Sklavenstaaten der amerikanischen Union. Der Irländer pays him back with interest in his own money [zahlt ihm mit gleicher Münze zurück]. Er sieht zugleich in dem englischen Arbeiter den Mitschuldigen und das stupide Werkzeug der englischen Herrschaft in Irland.

- Karl Marx (1870)

Nur wenige Themen erzeugen solch mediale Aufregung wie Migration. Nicht etwa wegen der Kriege, der Armut und des Hungers, die Millionen von Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen, und auch nicht wegen der mehr als 3.000 Menschen, die 2023 im Mittelmeer ertranken, um ihrer existenziellen Not zu entkommen.

Stattdessen werden wir mit hysterischen Debatten über die „Belastung“ der Sozialsysteme, den kriminellen Ausländer, den extremistischen Muslim, die religiös-unterdrückte Frau, die Bedrohung der westlichen Kultur usw. überschüttet. Seit Jahren wiederholen sich die immer selben Talkshows über Flüchtlinge und Migration, insbesondere in Wahlkampfperioden. Seit 2015 erlangten diese immer lauter und erregter vorgetragenen rassistischen Narrative zunehmenden Einfluss in breitere Teile der europäischen Bevölkerung. Rechte Stichwortgeber heizen sie immer wieder aufs Neue an in der Absicht sie weiter in der breiten Öffentlichkeit zu verankern.

Es ist dieser Kontext, in dem in vielen europäischen Ländern Gesetze zur beschleunigten Abschiebung von Flüchtlingen und zur Begrenzung der Migration verabschiedet werden. Ob Regierung oder Opposition und unabhängig von ihrer politischen Orientierung liefern sich Parteien und Medien einen Wettkampf, in dem sie sich mit rassistischen Gesetzesvorschlägen überbieten. Abschiebegefängnisse

an Europas Außengrenzen, Abkommen mit Ruanda zur Aufnahme von Schutzsuchenden oder die Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten zur Bekämpfung der sogenannten „irregulären“ Migration.

Diese Gesetze und damit verbundenen Debatten tragen nicht zu einem Verständnis der tatsächlichen Hintergründe der heutigen Migration oder der Zahlen und Fakten bei. Es sind ebene Gesetze, um die es auch in dieser Broschüre geht, die Migranten und Flüchtlinge zu Kriminellen machen. Migration beenden sie nicht.

Ob auf der Suche nach fruchtbarem Land und Nahrung oder auf der Flucht vor verheerenden Naturkatastrophen oder gewaltsamen Konflikten – Migrationsbewegungen waren schon immer Teil der Menschheitsgeschichte. Die Entwicklung und der Aufstieg der kapitalistischen Produktionsweise vor mehr als 600 Jahren bauten auf der Unterwerfung zunächst Afrikas und dann Amerikas auf, basierten auf 400 Jahre währenden Sklavenhandel und Sklavenarbeit, sowie den Völkermord an Millionen indigener Völker. Unterwerfung, Ausbeutung und Raub wurden zur Quelle für ein rasante Akkumulation von Kapital, der Ausweitung und Entwicklung von Produktion und unvorstellbarem Wohlstand für einige Wenige. Die Studie *„Hyper-Imperialismus: A Dangerous Decadent New Stage“*, veröffentlicht von *Tricontinental: Institute for Social Research*, geht eindringlich auf diesen Zusammenhang und der anhaltenden Bedeutung der Kolonisierung ein:

„Wirtschaftsanalysen belegen, dass der rasante Anstieg kapitalistischer Investitionen im Vereinigten Königreich begann, als die Gewinne aus der Sklaverei und die Ausplünderung von Ländern wie Indien den historischen Schub für Kapitalinvestitionen ermöglichten und für die so genannte ursprüngliche Akkumulation und die Finanzierung der „industriellen Revolution“ entscheidend waren. In einer Studie aus dem Jahr 2022 wies Utsa Patnaik nach, dass das Vereinigte Königreich zwischen 1765 und 1936 45 Billionen US-Dollar (unter Verwendung einer Zinseszinsformel, da sie nie zurückgezahlt wurden) aus Indien ausgepresst hat. Der überwiegende Teil der führenden britischen Institutionen profitierte vom transatlantischen Sklavenhandel. Die rassenideologische Untermauerung wiederum hat die spätere Entwicklung sowohl des Kapitalismus als auch des Imperialismus geprägt.“¹

Mit der Durchsetzung des Kapitalismus als dominierendes Produktionsverhältnis zogen Landarbeiter in die Städte, um Arbeit zu finden, und Migration wurde zu einem inhärenten Massenphänomen, zu einem notwendigen Bestandteil der Marktwirtschaft. Die Diskrepanz der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung, die durch koloniale und imperialistische Ausbeutung gewaltig vergrößert wurde, bildet die

wesentliche Triebkraft für Migration. Erzwungene Schulden- und Austeritätsprogramme des IWF erdrücken bis heute Volkswirtschaften, verlängern Abhängigkeiten und treiben Migration voran. Mit anderen Worten: Solange Armut, Hunger, Arbeitslosigkeit, aber auch Kriege und Umweltzerstörung große Teile der Menschheit bedrohen, werden weder Gesetze noch immer höhere Zäune die Menschen daran hindern, auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen zu migrieren. Niemand verlässt seine Heimat, seine Familie „freiwillig“. Die imperialistische Ordnung hat die Art von Gewalt, mit der Millionen von Sklaven in die Metropolen der wirtschaftlichen Entwicklung verfrachtet wurden, strukturell integriert. Die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften bringt sie stets aufs Neue hervor.

Weltweit gibt es schätzungsweise 281 Millionen Migranten, die 3,6 % der Weltbevölkerung ausmachen. Bereits im Jahr 1900 lag der Anteil der Migranten an der Weltbevölkerung bei 3 %, ihr relativer Anteil blieb seitdem annähernd konstant.² Arbeit, Familie und Studium sind bei weitem die wichtigsten Gründe für Migration. Ein Großteil der öffentlichen Empörung dreht sich jedoch um Flüchtlinge. Ende 2022 gab es weltweit insgesamt 35,3 Millionen Flüchtlinge, 41 % von ihnen waren unter 18 Jahre alt. 87 % der Flüchtlinge unter UNHCR-Mandat kamen aus nur zehn Ländern.³ 70 % der Flüchtlinge wurden in Nachbarländern ihrer Herkunftsländer untergebracht. Diese wenigen Daten widerlegen bereits viele der tendenziösen Argumente.

Ganze Wirtschaftszweige in den führenden westeuropäischen Ländern bauen auf dem Einsatz von billigen ausländischen Arbeitskräften auf. Ob in der Krankenpflege und anderen Gesundheitsberufen, als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft, in der Fleischverarbeitung, im Baugewerbe, in der Gastronomie oder bei Lieferdiensten – ausländische Arbeitskräfte halten viele Betriebe am Laufen. Wenn einheimische Arbeiter nicht mehr bereit sind, Löhne und Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, sorgen wirtschaftlicher Druck und politische Verfolgung dafür, dass Migranten noch jede freie Stelle besetzen. Der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte aus der wirtschaftlichen Peripherie in den imperialistischen Kern hält die ungleiche Entwicklung aufrecht und verstärkt sie sogar noch. Dem globalen Süden werden sowohl ausgebildete Fachkräfte als auch das Arbeitskräftepotenzial entzogen. Führende Monopole sichern ihre dominante Marktmacht durch die permanente relative und absolute Unterentwicklung großer Teile der Welt.

Welches politische Kalkül steckt hinter der Kriminalisierung von Migration, wenn doch der Kapitalismus den ständigen Zufluss ausländischer Arbeiterkräfte braucht? Besonders in Wahlkampfzeiten, so Claire Daily im Vorwort, dient das Thema Migration als wohlkalkulierte Ablenkung von brennenden sozialen und politischen

Problemen, ihren Ursachen und den Verantwortlichen. Demagogische Narrative werden von verschiedenen politischen Kräften übernommen, angeblich mit der Absicht den rechten Parteien die Wählerschaft streitig zu machen.

In der öffentlichen Debatte wird zwischen „regulärer“ und „irregulärer“ Migration oder zwischen gut ausgebildeten ausländischen Fachkräften und solchen, die angeblich den Staat belasten würden, unterschieden. Diese Spaltung trägt dazu bei, die erste Generation von Migranten gegen alle nachfolgenden Generationen aufzustacheln, während die Illegalisierung der Migranten ihre Beteiligung an Arbeitskämpfen und Gewerkschaften behindert. Kriminalisierung und soziale Diffamierung erzeugen den nötigen Druck, jede noch so klägliche und schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Die Forderung nach gleichen Rechten für alle im Land lebenden Menschen ist eine Grundvoraussetzung für demokratische Entwicklungen und politische Kämpfe und gehört daher zu den Grundpfeilern jeder fortschrittlichen Organisation.

DÄNEMARK

MENSCHENRECHTE UNTERM MESSER von Anne Jessen

Die dänische Flüchtlings- und Migrationspolitik ist strikter als in anderen EU-Staaten, die von sozialdemokratischen Parteien regiert werden. Dies wird von einigen als „dänisches Modell“ gelobt, von anderen als Vorstoß populistischer Politik abgelehnt. Anstatt sich mit ausländischen Arbeitskräften solidarisch zu zeigen und ein Bollwerk gegen repressive Migrationspolitik und rassistische Diskurse zu sein, kultiviert die Partei *Socialdemokratiet* diesen Diskurs.

Seit den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2022 wird Dänemark von einer Koalitionsregierung geführt, die aus zwei liberal-konservativen Parteien und der sozialdemokratischen Partei besteht, die die Ministerpräsidentin stellt. Die sozialdemokratische Partei ging als stärkste Partei aus den Wahlen hervor und beschloss, mit den konservativen Parteien eine Regierung zu bilden und nicht mit dem linken Flügel, was eine Option gewesen wäre. Dies ermöglichte es der sozialdemokratisch geführten Regierung, die drakonische Flüchtlings- und Migrationspolitik fortzuführen, durch die sich Dänemark in den letzten Jahren auszeichnete. Was sind die historischen Ursprünge dieser Entwicklung?

HISTORISCHER KONTEXT

Dänemark war das erste Land der Welt, das 1952 die UN-Flüchtlingskonvention ratifizierte. Die Konvention entstand nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Zweck, allen Geflüchteten die in der Charta der Vereinten Nationen von 1948 festgehaltenen allgemeinen Menschenrechte zu garantieren. 1983 verabschiedete Dänemark ein sehr liberales Einwanderungsgesetz, wodurch das Land zum Vorreiter im Einsatz für Menschenrechte und humanistische Ideale wurde.

In den 1960ern erlebte Dänemark wie andere europäische Länder einen industriellen Aufschwung. Als die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht mehr dadurch gedeckt werden konnte, dass Frauen in den Arbeitsmarkt eintraten, wurden in der Türkei und in Pakistan Arbeiter*innen rekrutiert. Wie auch in Deutschland wurden sie ausschließlich als Arbeitskräfte betrachtet und nicht wie Mitbürger*innen behandelt. Mitte der 1980er begannen rassistische und nationalistische Gruppen, die

dänische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik zu kritisieren, darunter die Regelungen zum Familiennachzug. Die größten Einwanderungsgruppen kamen aus der Türkei und Pakistan, sodass muslimische Kultur und Lebensweise nach und nach Teil des öffentlichen Lebens in Dänemark wurden. Ein spezifisch antimuslimischer Rassismus begann zu erstarken.

Den Danske Forening (der Dänische Verein) wurde 1987 mit dem Ziel gegründet, eine Debatte über Kultur und Werte anzustoßen – eine Debatte, die letztendlich zu einem Stopp sowohl der Zuwanderung als auch der Aufnahme von Geflüchteten und schließlich zur Deportation von Ausländer*innen führen sollte. Die dänische Kultur wurde als Gegensatz zu anderen Kulturen, insbesondere der muslimischen, dargestellt. Bei den Akteuren handelte es sich hauptsächlich um Intellektuelle, die sich bewusst von den Rassisten der Straße und ihren Neonazigruppen distanzieren. Einige der führenden Figuren des Dänischen Vereins sollten später die *Dansk Folkeparti* (DF, „Dänische Volkspartei“) mitbegründen. Sie nahmen Führungspositionen in der DF ein und saßen viele Jahre im Parlament. Seit mehr als zehn Jahren wurde die politische Debatte bereits nach rechts verschoben, sodass rassistische und muslimfeindliche Diskurse akzeptabel und normal wurden, noch bevor die DF überhaupt ins Parlament einzog.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die rechtspopulistische und fremdenfeindliche DF eine entscheidende Rolle bei dieser Entwicklung spielte. Die 1995 gegründete Partei trat 1998 bei den Wahlen an, erhielt 7,4 % der Stimmen und sicherte sich so 13 Parlamentssitze.

Als 2001 die liberal-konservative Regierung unter Anders Fogh Rasmussen (der später NATO-Generalsekretär wurde) an die Macht kam, erhielt die DF realen Einfluss auf die Einwanderungsgesetzgebung. Sehr schnell wurden Gesetze, die Geflüchtete, Migration, Familiennachzug, Aufenthaltsgenehmigungen und Staatsbürgerschaft betrafen, verschärft. Auch die Terrorismusgesetzgebung wurde verschärft – mit besonderem Augenmerk auf Menschen aus dem Mittleren Osten und insbesondere Muslime, was zu mehr Überwachung und härteren Strafen für kleinere Vergehen führte. Nach dem Anschlag auf die Twin Towers in New York im Jahr 2001 und der aktiven dänischen Beteiligung an den US-amerikanischen Kriegen in Afghanistan und im Irak sowie der Karikaturkrise 2005⁴ wurde die Kultur- und Wertedebatte hitziger. Der Westen wurde zunehmend als im Konflikt mit der muslimischen Kultur befindlich dargestellt, die als minderwertig und gesellschaftlich schädlich gesehen wurde.

Bei der Eröffnungsdebatte des dänischen Parlaments am 2. Oktober 2011 sagte die damalige DF-Parteichefin Pia Kjaersgaard: „Es wurde gesagt, der 11. September sei ein Beispiel für einen Zusammenstoß von Zivilisationen gewesen. Ich stimme dem nicht zu. Denn ein Zusammenstoß von Zivilisationen würde suggerieren, dass zwei Zivilisationen beteiligt waren, und dies ist nicht der Fall. Es gibt nur eine Zivilisation und das ist unsere.“ 20 Jahre später, am 18. Mai 2020, schrieb sie in der Zeitung *Information*: „Wären wir ... eine reichere, besser funktionierende und sicherere Gesellschaft ohne all diese Ausländer aus nichtwestlichen Ländern? Die offensichtliche Antwort ist: Ja!“

Seit den 1980ern sind 40 Jahre vergangen, in denen der Druck auf Bürger*innen nichtdänischer Herkunft, insbesondere aus muslimischen Ländern, ständig zugenommen hat. Ob sie sich gerade in Dänemark niedergelassen haben oder schon seit Generationen hier leben, ist inzwischen irrelevant – Geflüchtete und Migrant*innen werden *per se* als nichtwestlich, nicht integrationsfähig und unerwünscht angesehen. Die langfristige Strategie, eine bestimmte Untergruppe der Gesellschaft als schädlich und unerwünscht abzustempeln, hat sich ausgezahlt. Diese Einstellung ist zum Mainstream geworden, in der öffentlichen Diskussion, im Parlament und nicht zuletzt in der Gesetzgebung.

Nach jahrzehntelanger rechtsextremer Lobbyarbeit hat Dänemark die restriktivsten Flüchtlingsgesetze in Europa verabschiedet. Das jüngste Gesetz, das 2019 verabschiedet wurde, brachte erhebliche Veränderungen für den Umgang mit geflüchteten Menschen mit sich. Der vorherige Schwerpunkt, der auf der Integration von Geflüchteten in die dänische Gesellschaft lag, wurde durch eine Rückführungsagenda ersetzt.

Allgemein erhalten alle Geflüchteten und nachgezogenen Familienmitglieder laut dem neuen Gesetz nur einen vorübergehenden Schutzstatus. Die Einwanderungsbehörden müssen daher bei der Entscheidung über Aufenthaltsgenehmigungen in erster Linie den Schutzbedarf eines Geflüchteten im Verhältnis zur Sicherheitslage im Herkunftsland und Dänemarks internationale Verpflichtungen berücksichtigen. Dies führte zu Dänemarks erstem Rückführungsgesetz. Es trat im Frühling 2021 in Kraft als 453 syrischen Geflüchteten mit vorübergehendem Schutzstatus und Familiennachzugsstatus aufgrund der angeblich verbesserten Sicherheitslage in der Region Damaskus die Aufenthaltsgenehmigungen entzogen oder deren Verlängerungen verweigert wurden. Dänemark und Ungarn waren die einzigen Länder, die die Lage in bestimmten Gebieten Syriens als sicher genug ansahen, um einige Geflüchtete zurückzuschicken, was trotz internationaler Proteste umgesetzt wurde.

VON INTEGRATION ZU ABSCHRECKUNG

Die dänische Flüchtlingspolitik ist ein politisches Werkzeug, um wirtschaftliche Interessen und den Wunsch nach Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen: die Befriedigung des Bedarfs an qualifizierten und unqualifizierten ausländischen Arbeitskräften. Die dänischen Flüchtlingsgesetze sind ein politischer Versuch, ein System zu schaffen, das eine sich ständig verändernde Grundlage für Menschen aufrechterhält, die ins Land kommen, sodass der Status von Geflüchteten und Migrant*innen stets prekär und unsicher bleibt. In den letzten Jahrzehnten haben verschiedene Regierungen explizit daran gearbeitet, die Anzahl der Personen in Asylverfahren in Dänemark zu reduzieren. Das Ziel lautet „null Asylbewerber“, wie Ministerpräsidentin Mette Frederiksen am 22. Januar 2021 im dänischen Parlament erklärte. Damals betrug die Anzahl der Asylbewerber*innen nur 1.547 – die niedrigste Zahl seit 1998. 2022 erhielten kraft eines besonderen Gesetzes 31.400 Ukrainer*innen vorübergehende Aufenthaltsgenehmigungen in Dänemark. Dies zeugt vor allem vom unterschiedlichen Status quo und vom Rassismus, der benutzt wird, um Migrant*innen in „westliche“ und „nichtwestliche“ (vor allem muslimische) Gruppen zu unterteilen. Muslimische Migrant*innen werden als integrationsunfähig dargestellt.

2016 führte die vorherige dänische Regierung das sogenannte Schmuckgesetz ein. Es besagt, dass Vermögenswerte wie Schmuck, über die Asylbewerber*innen verfügen, beschlagnahmt werden können, um für ihren Aufenthalt in Dänemark zu bezahlen. Das Gesetz zog viel internationale Aufmerksamkeit auf sich, da sich Schutz normalerweise nicht kaufen lässt. Laut dem Ministerium für Einwanderung und Integration führte das Schmuckgesetz im Zeitraum vom 5. Februar 2016 bis zum 19. Mai 2022 in 30 Fällen zur Beschlagnahmung von Vermögenswerten.

Eine weitere Abschreckungsmaßnahme ist die sogenannte Externalisierung. 2019 stellte die sozialdemokratische Partei Pläne vor, ein Aufnahmezentrum für Asylbewerber*innen in Ruanda einzurichten. Ein solches Aufnahmezentrum in einem außereuropäischen Land sollte den Zustrom von Geflüchteten und Migrant*innen aufhalten. In diesem ausländischen Aufnahmezentrum sollten nicht nur die Fälle der Asylbewerber*innen bearbeitet werden, sie sollten auch dortbleiben, wenn ihnen Asyl gewährt wird. Dieser Vorschlag wurde von vielen als vollkommen unrealistisch betrachtet. Die Regierung ließ jedoch tatsächlich ein Rahmenabkommen erarbeiten, in dem Ruanda sich bereit erklärte, Asylbewerber*innen aus Dänemark aufzunehmen.

Dieser Plan wurde zunächst ausgesetzt. Die Regierung wartet darauf, dass die Stimmung in Europa sich den dänischen Positionen annähert. Integrationsminister Kaare Dybvad Bek sagte der *Altinget* am 23. Januar 2023: „... Es gibt Bewegung in vielen europäischen Ländern. Viele beginnen ein hartes politisches Spiel, um eine striktere Asylpolitik in Europa zu erreichen. Es gibt eine ganze Reihe von Ländern, die eine deutlich umfassendere Lösung für das Asylproblem fordern.“

Es gibt auch Pläne, Ausländer*innen aus Drittstaaten, die zu einer Abschiebung verurteilt wurden, auszulagern. 2022 wurde ein Abkommen mit dem Kosovo unterzeichnet, um 300 Haftplätze im Gefängnis in Gjilan zu mieten. Das Dänische Institut für Menschenrechte beschrieb die Pläne, Häftlinge nach Kosovo zu transportieren, als Verstoß gegen das Völkerrecht, da die neue Balkanrepublik vertraglich nicht an die UN-Übereinkommen oder die Europäische Menschenrechtskonvention gebunden ist.

„DENMARK FIRST“

Dänemark verschärft nicht nur seine Flüchtlingspolitik. Die Gesetzgebung bezüglich nichtdänischer Staatsangehöriger im Allgemeinen ist ebenfalls Jahr für Jahr verschärft worden. Dies wird beim Einbürgerungsverfahren oder der Beantragung der dauerhaften Aufenthaltserlaubnis deutlich. Die Anforderungen bezüglich Arbeit, Sprachkenntnissen und Wissen über Dänemark sind sehr hoch. Die Absicht ist eindeutig: die Anzahl der Ausländer*innen in Dänemark soll begrenzt werden. Wenn die Staatsbürgerschaft erteilt wird, muss das Herkunftsland der neuen Staatsbürger*innen jährlich festgestellt werden. Sie werden in Kategorien eingeteilt: nordische Länder, westliche Länder, nichtwestliche Länder und MENAPT (Mittlerer Osten, Nordafrika, Pakistan und die Türkei). Eine Beschränkung der erteilten Staatsbürgerschaften wird erwogen, wenn 25 % der Bewerber*innen aus außer-europäischen Ländern kommen.

Pia Kjærsgaard fordert einen vollständigen Stopp der Einwanderung aus diesen Ländern: „Einwanderer aus MENAPT-Ländern und ihre Nachfahren sind eine große Belastung für das dänische Sozialsystem. Sie kosten durch passive Sozialleistungen und Kriminalität sehr viel Geld. Und dabei haben wir die kulturelle Herausforderung der Islamisierung noch nicht berücksichtigt. Die Schlussfolgerung ist daher sehr einfach: Dänemark muss den Zustrom von Menschen aus diesen Ländern so weit wie möglich begrenzen. Ein Einwanderungsstopp für MENAPT-Länder sollte eine Selbstverständlichkeit sein.“ (*avisendanmark*, 18.12.2021)

2018 wurden die ersten Initiativen gegen sogenannte Ghettosiedlungen eingeführt, also Viertel, die aufgrund der „Zusammensetzung“ der Bevölkerung als besonders problematisch angesehen werden. Das Kriterium für die Einordnung als Ghetto ist der Anteil von Ausländer*innen aus nichtwestlichen Ländern, Kriminellen, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger*innen. Jedes Jahr werden Listen mit Vierteln veröffentlicht, die als Parallelgesellschaften klassifiziert werden und für die Maßnahmen zur Lösung des Problems ergriffen werden müssen. Das Augenmerk auf Bewohner*innen aus nichtwestlichen Ländern hat zu Kritik geführt, sowohl in Dänemark als auch international. Sogar der Begriff „nichtwestlich“ als eines der Kriterien zeugt von der ethnischen (und daher rassistischen und diskriminierenden) Klassifizierung der Bevölkerungsgruppe.

Dennoch gibt es Politiker*innen, die die dänische Migrations- und Einwanderungspolitik als musterhaft loben. Am 7. Januar 2024 wurde Integrationsminister Kaare Dybvad Bek als Gastredner zum jährlichen Parteitag der Christlich-Sozialen Union (CSU) in Bayern eingeladen. Der dänische Minister sollte über die Herausforderungen der irregulären Migration und den Vorschlag der dänischen Regierung für neue Lösungen zur Schaffung eines „humaneren“ europäischen Asylsystems sprechen.

Die Rechtsextremen in Deutschland loben Dänemark. René Springer, Abgeordneter der Alternative für Deutschland (AfD), schrieb am 27. Dezember 2021 auf der Internetseite der Partei: „Genau deshalb fordern wir seit Jahren eine Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung sowie Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber. Deutschland darf kein Sozialstaats-Eldorado für Armutsmigranten sein. Die dänische Regierung ist hier offenbar voll auf AfD-Linie. Man kann nur an die Bundesregierung appellieren, ihre ideologiegetriebene Politik der offenen Grenzen zu überwinden und dem strikteren Kurs Dänemarks in der Migrationspolitik zu folgen.“ Auch die konservative schwedische Regierung beschrieb die dänische Asylpolitik als „beeindruckend“.

MENSCHENRECHTE?

In den letzten vier Jahrzehnten haben es zunächst konservative und später sozialdemokratische Regierungen geschafft, in der Meinung der Bevölkerung und in der Gesetzgebung die Grundsätze von Schutz, Aufenthalt, Sicherheit und der Würde für Geflüchtete und Migrant*innen durch geschlossene Grenzen, Rückführung, Rassismus und Diskriminierung zu ersetzen.

Es ist zu befürchten, dass als nächstes unter anderem die internationalen Abkommen zum Schutz der Menschenrechte demontiert und umgeschrieben werden.

Der rechte Flügel hat bereits begonnen, über einen Rückzug Dänemarks aus den Konventionen zu sprechen, die ihren Interessen zuwiderlaufen. Morten Messerschmidt, der aktuelle Vorsitzende der DF, sagte der *Altinget* am 6. Februar 2024, dass „... internationale Regeln für Ausländer unsere Demokratie untergraben“. Er beschrieb die Abkommen als „schädliches Menschenrechtsdogma“. Im Namen der Demokratie wollen er (und andere im rechten Lager) das untergraben, worauf Demokratie beruht, nämlich den Gleichheitsgrundsatz, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte.

Dänemark war einst Vorreiter bei Menschenrechten, Humanismus, Toleranz und Einhaltung internationaler Abkommen zur Einwanderung. Heute wird Dänemark von vielen als Vorreiter gepriesen, weil es genau das Gegenteil tut.

FRANKREICH

UNTER PARLAMENTARISCHEM THEATER WIRD DAS REPRESSIVSTE MIGRATIONSGESETZ VERABSCHIEDET

von Aurélie Dianara

DIE MIGRATIONSDEBATTE ALS ABLENKUNGSMANÖVER

Die Krise der Hegemonie des liberalen Zentrums in Frankreich, durch die anhaltende Wirtschaftskrise befeuert, führt in der politischen Szene zu einem raschen Abrutschen nach rechts. Mit dem Angriff auf den indirekten Lohn durch die Rentenreform 2023, hat Emmanuel Macron sich als direkter Vertreter der herrschenden Klassen bestätigt und sein Image als „Präsident der Reichen“ gestärkt. Das pikierte nicht nur die französischen Arbeiterklasse, sondern auch die sich selbst als Mittelschicht indentifizierende Gruppe und die Jugend, auf die Macron früher zählte. Der Verlust der absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung im Jahr 2022 zugunsten von Jean-Luc Mélenchons Nouvelle Union Populaire Écologique et Sociale (NUPES) hat dazu geführt, dass sich das liberale Zentrum, das nur auf ein Drittel der gewählten Abgeordneten zählen kann, dazu veranlasst, sich selbst zu „faschisieren“, d.h. auf die für die parlamentarische Demokratie typischen Methoden zu verzichten zugunsten der autoritären Mittel, die in der gaullistischen Verfassung von 1958 erlaubt sind. Sie räumen der Regierung einen großen Handlungsspielraum ein, und ist von einer umfassenden ideologische Offensive begleitet, die darauf abzielt, die Volksschichten entlang der Rassengrenzen zu spalten.

Diese Offensive wurde heftiger je näher die Europawahlen rücken. Im Jahr vor der Wahl, war diese Debatte Hauptthema in allen Medien und überall. Und das, obwohl gleichzeitig die Inflation um sich greift und die Menschen kaum über die Runden kommen, die Anzahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, auf mehr als 9 Millionen gestiegen ist und vor unseren Augen ein Völkermord in Palästina stattfindet. Obwohl Einwanderung nur an vierter oder fünfter Stelle der Sorgen der französischen Bevölkerung steht, nach Kaufkraft, Gesundheit, Sicherheit und Umwelt. Obwohl Frankreichs Zuwanderungsrate unter dem europäischen Durchschnitt liegt und das Land nur den 15. Platz auf der europäischen Zuwanderungs-

liste einnimmt – es gibt 5,3 Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Frankreich (4,5 Mio. nichtfranzösische Einwanderer und 800 000 in Frankreich geborene Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit), was 7,8 % der Bevölkerung ausmacht (gegenüber ca. 5 % in den 1950ern). Obwohl Frankreich eine der höchsten Ablehnungsquoten für Asylanträge in Europa verzeichnet (70 %). Trotz alledem sind die medialen und politischen Eliten seit Monaten in eine endlose Diskussion über ein höchst kontroverses Asyl- und Einwanderungsgesetz verstrickt. Diese Diskussion wurde allgemein aus einer identitäts- und sicherheitsorientierten Perspektive geführt und von den furchteinflößenden Konzepten der extremen Rechten dominiert, etwa das vom „Bevölkerungsaustausch“.

DAS NEUE GESETZ: ‚SEI NETT ZU DEN NETTEN LEUTEN UND FIES ZU DEN FIESEN LEUTEN‘

Das neue Asyl- und Einwanderungsgesetz wurde im Sommer 2022 angekündigt, direkt nachdem Emmanuel Macron und seine damalige Premierministerin Elisabeth Borne nach monatelangen Protesten ihre äußerst unpopuläre Rentenreform im Parlament durchgedrückt hatten. Es war das zweite Einwanderungsgesetz, das während Macrons Präsidentschaft verabschiedet wurde, und das 30. Einwanderungsgesetz in Frankreich in den letzten 40 Jahren. Laut Innenminister Gérald Darmanin, der das Gesetz einbrachte und der wegen früherer Sympathien für die extreme Rechte und einem Vergewaltigungsvorwurf mit dem Spitznamen „der Verachtenswerte“ bedacht wurde, ist das Ziel des neuen Gesetzes, „nett zu netten Leuten und fies zu fiesen Leuten“ zu sein. Anders ausgedrückt möchte er Abschiebungen erleichtern und Maßnahmen gegen Zuwanderung stärken sowie gleichzeitig die Integration „guter“ (also nützlicher) Migrantinnen und Migranten vereinfachen. Das Ziel ist klar: Einerseits soll der Zu zug von Arbeitskräften begünstigt werden, die vom Kapital in bestimmten Sektoren gebraucht werden, andererseits wird die Möglichkeit geschaffen, Arbeitsmigranten zu erpressen, um die französische Arbeiterbewegung zu schwächen. Im ursprünglichen Gesetzesvorhaben wurde beispielsweise vorgeschlagen, die Möglichkeit der Ausweisung auf die Eltern französischer Kinder, Ehepartnerinnen und -partner französischer Staatsangehöriger und ausländische Bürgerinnen und Bürger auszuweiten, die seit mehr als zehn Jahren in Frankreich sind – Gruppen, die vorher gesetzlich geschützt waren. Gleichzeitig wurde die Schaffung einer einjährigen Aufenthaltsgenehmigung für Arbeitskräfte ohne Papiere in Bereichen mit Personalmangel vorgeschlagen, etwa in den Sektoren Bau, Hotels und Restaurants (Artikel 3). Dies sollte sowohl das rechte als auch das linke Lager zufriedenstellen und es der Regierung ermöglichen, die Unterstützung einer Mehrheit für das Gesetz zu gewinnen. Es war we-

nig überraschend, dass dieser Plan nicht aufging: Die traditionellen Konservativen (*Les Républicains*) und die extreme Rechte (*Rassemblement National*) stellten sich deutlich gegen Artikel 3 und empfanden das Gesetz als zu lasch, während das linke Lager den repressiven Charakter des Gesetzes kritisierte. Die extreme Linke (*La France Insoumise*) sowie einige Vertreterverbände von undokumentierten Migranten betonten, dass alle Arbeitskräfte ohne Papiere einen regulären Status erhalten sollten, nicht nur in ausgewählten Branchen.

Die Aussprache zum Gesetz im Parlament (zunächst im Senat und dann in der Nationalversammlung) verschärfte die Spannungen und besiegelte schrittweise den Sieg der extremen Rechten in der politischen Debatte. Unter dem Einfluss der Konservativen und Rechtsextremen, die in der oberen Kammer die Mehrheit haben, strich der Senat Artikel 3 und richtete den Text noch stärker auf Repression aus. In den Änderungsanträgen wurden zum Beispiel die Idee jährlicher Migrationsquoten und schärfere Regeln zum Familiennachzug ergänzt. In einem Änderungsantrag wurde sogar die Streichung der Staatlichen Gesundheitshilfe vorgeschlagen, eine Sozialleistung, die es Einwanderern ohne Papiere ermöglicht, kostenlosen Zugang zu Gesundheitsversorgung zu haben, wenn sie weniger als 810 Euro pro Monat verdienen und seit mindestens drei Monaten in Frankreich leben. Anders gesagt wurde mit diesem Änderungsantrag das Konzept der „nationalen Bevorzugung“ – seit Jahrzehnten ein Wahlspruch der extremen Rechten – gesetzlich verankert, ebenso wie einige andere ihrer langjährigen Vorschläge.

VERHANDLUNGEN IM HINTERZIMMER

Anschließend wurde das Gesetz der Nationalversammlung vorgelegt, in der linke Parteien stärker vertreten sind und die Regierung über keine Parlamentsmehrheit verfügt. Die Nationalversammlung weigerte sich, den Text auch nur zu besprechen, und verabschiedete einen von den Grünen eingebrachten Antrag auf Vorablehnung (mit 270 zu 265 Stimmen). Diese Abstimmung führte zu einer kleinen politischen Krise, in der erwartet wurde, dass Darmanin das Gesetz zurückziehen oder dass die Regierung gar die Nationalversammlung auflösen würde, was zu Neuwahlen geführt hätte. Stattdessen beschloss „der Verachtenswerte“, an seinem Vorhaben festzuhalten und die Verabschiedung seines Gesetzes zu erzwingen, indem er eine paritätische gemischte Kommission (bestehend aus sieben Senatoren und sieben Abgeordneten) ins Leben rief, die hinter verschlossenen Türen einen neuen Text aushandelte. Ohne Mehrheit im Parlament beschloss die Regierung, auf die traditionell Konservativen zu setzen, um den Text zu verabschieden, die sich in den letzten Jahren ihrerseits immer mehr der extremen Rechten annähern. Wenig überraschend handelte es sich bei dem neu ausgearbeiteten Papier um ein furchtbares

Gesetz⁵, das viele repressive Vorschläge der Konservativen und extremen Rechten enthielt und die grundlegendsten Rechte von Einwanderern und Asylbewerbern mit Füßen trat – und zwar so sehr, dass mehrere von Macrons Ministern mit Rücktritt drohten, sollte der Text verabschiedet werden. Selbstverständlich trat fast niemand wirklich zurück, als das Gesetz im Dezember mit einer deutlichen Mehrheit von der Mitte bis hin zur extremen Rechten sowohl von der Nationalversammlung (349 zu 186 Stimmen) als auch vom Senat verabschiedet wurde.

Viele der schlimmsten im Gesetz enthaltenen Maßnahmen – nationale Bevorzugung, Wiedereinführung der Straftat des illegalen Aufenthalts, Ende des Geburtsortsprinzips, erschwelter Zugang zu Familiennachzug oder Aufenthaltsgenehmigungen für medizinische Behandlungen, Diskriminierung ausländischer Studierender usw. – wurden vom Verfassungsrat aufgehoben, da sie als verfassungswidrig angesehen wurden, nicht inhaltlich, aber formell. Letztlich wurden die Maßnahmen, die traditionell Konservative und die extreme Rechte unterstützt hatten aus dem Gesetz gestrichen. Dennoch ist das Ergebnis dieses düsteren politisch-institutionellen Hin und Hers das rassistischste und repressivste Gesetz der französischen Geschichte seit 1945. Durch das verabschiedete Gesetz wird zum Beispiel der Schutz vor Abschiebung für bestimmte vorher geschützte nichtfranzösische Einwanderinnen und Einwanderer aufgehoben, die Schaffung eines Registers straffälliger unbegleiteter Minderjähriger erlaubt und die Bedingung „Einhaltung der Grundsätze der französischen Republik“ für die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung eingeführt. Außerdem enthält es einige Rückschritte im Asylrecht⁶, unter anderem durch die Beschränkung des Zugangs zu materiellen Aufnahmebedingungen (Unterkunft und Leistungen).

DER RECHTEN DEBATTE RAUM GEBEN

Vor allem bot diese von der Regierung inszenierte haarsträubende Episode den Konservativen und Rechtsextremen eine weitere Gelegenheit, ihr rassistisches und repressives Gedankengut in der öffentlichen Diskussion zu verankern. Mit diesem Gesetz wollten Macron und Darmanin die Stimmen der rechten Wählerschaft im Juni gewinnen. Stattdessen wurden die medialen und politischen Diskussionen monatelang auf die „Risiken“, „Probleme“ und „Kosten“ von Zuwanderung ausgerichtet anstatt auf ihre Chancen und den „Reichtum“, den sie bringt, es wurde rechtsextremen Vertretern und Kommentatoren medial sehr viel Raum eingeräumt, während das linke Lager in der Diskussion an den Rand gedrängt wurde, und es wurden historische rechtsextreme Schlagwörter wie „nationale Bevorzugung“ und „Bevölkerungsaustausch“ salonfähig. Dadurch förderte das Gesetz den ideologischen Vormarsch der extremen Rechten. Dies erklärte auch die führende

rechtsextreme Politikerin Marine Le Pen am Tag, an dem der Text im vergangenen Dezember von den beiden Kammern verabschiedet wurde: „Wenigstens können wir diesen ideologischen Fortschritt, sogar einen ideologischen Sieg für den *Rassemblement National* begrüßen.“

Die Debatte um dieses Gesetz bot den Konservativen und Rechtsextremen außerdem die ideale Gelegenheit, sich für ein Referendum über Zuwanderung einzusetzen, welches sie schon seit langem fordern. In einem Brief an die Parteiführungen vom 5. November schlug Macron vor, die Verfassung zu ändern, um den Anwendungsbereich für Volksabstimmungen um gesellschaftliche Fragen wie Zuwanderung zu erweitern. *Les Républicains*, *Rassemblement National* und sogar die noch rechtsextremere *Reconquête* unterstützen diese Idee. Diese Aussicht ist umso problematischer, als eine Mehrheit der französischen Bevölkerung der Meinung ist, schlecht über Einwanderung informiert zu sein, und Umfragen zeigen, dass Menschen umso mehr gegen Zuwanderung sind, je weniger sie darüber wissen. Als Gegengewicht zu diesen Referendumsvorschlägen riefen ungefähr 90 Vereine, Persönlichkeiten und Forscher zur Organisation einer Bürgerversammlung über Migration⁷ auf, damit in Frankreich zu dieser Frage eine rationale Debatte geführt und Strategien zur Instrumentalisierung von Zuwanderung zurückdrängt werden können.

EINE GEGENOFFENSIVE IST DRINGEND NOTWENDIG

Leider entspricht eine ruhigere Diskussion zum Thema Migration nicht den Wünschen von Macron und seiner Regierung. Im Gegenteil: Direkt nach der Verabschiedung des 30. repressiven Zuwanderungsgesetzes seit 1980 starteten sie eine weitere Propagandaoffensive, als Darmanin im Februar die Aufhebung des Geburtsortsprinzips in Mayotte, dem französischen Überseearchipel im Indischen Ozean, verkündete, auf dem vorwiegend Migranten aus den naheliegenden Komoren eintreffen. Natürlich würde die Aufhebung des Geburtsortsprinzips in Mayotte die zahlreichen Probleme der Inselgruppe nicht lösen und außerdem der Gleichberechtigung dieses Departements mit dem Rest Frankreichs ein Ende setzen. Zudem ist das Geburtsortsprinzip in Frankreich bereits eingeschränkt, da in Frankreich geborene Kinder nichtfranzösischer Eltern die französische Staatsangehörigkeit erst mit 18 erlangen können, wenn sie immer noch in Frankreich leben. Die Strategie der Regierung, ihr Programm für die rechtsextreme Wählerschaft attraktiv zu machen, scheitert weiterhin und hilft denen, die in der Tradition des französischen Faschismus stehen. Es ist keine Überraschung, dass aktuelle Umfragen⁸ den *Rassemblement National* als deutlichen Sieger der anstehenden Europawahlen führen, klar vor Macrons Liste und den vielen zersplitterten Listen des linken Lagers.

Da weltweit Instabilität zunimmt und sich die Anzahl vertriebener Menschen im letzten Jahrzehnt aufgrund von Konflikten und Klimawandel mehr als verdoppelt hat, ist es dringend an der Zeit, dass das linke Lager eine Gegenoffensive startet. Diese muss sowohl organisatorisch erfolgreich sein, also die migrantische Arbeiterklasse organisieren, um für eine allgemeine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen, und die Kontrolle über die Migrationsdebatte zurückerlangen und dann eine alternative, positive und inklusive Vision von Migrationspolitik, die die französische Arbeiterklasse insgesamt stärkt, präsentieren.

DEUTSCHLAND

VON GASTARBEITERPOLITIK ZU FREIHEITSBERAUBENDEN MASSNAHMEN GEGEN MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

von Rabab Douwa und Thana Douwa

EINE SCHEINHEILIGE DEBATTE

Anfang 2024 zeigten sich Medien und Politik entsetzt über ein „geheimes Treffen“, das von reichen Unternehmern rechtsextremer Kreise organisiert worden war, darunter Mitglieder der AfD und der CDU. Die Tagesordnung des Treffens umfasste Pläne zur „Remigration“ bzw. Deportation von Migrant*innen. Infolge mobilisierten breite Bündnisse, gestützt von der Regierung, eine Welle von „Anti-AfD-Demonstrationen“ mit zum Teil hunderttausenden Teilnehmenden. Um Abgrenzung bemüht, warnten Kräfte der sogenannten politischen Mitte vor einem Rechtsruck, dessen zentrale Triebkraft sie selbst längst waren.

Zwei Wochen nach dem 07. Oktober erschien Olaf Scholz' Portrait auf dem Cover des Spiegel-Magazins. „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“ lautete die Schlagzeile. Drei Monate später kommentierte er die aufgedeckten Deportationspläne. Mit den Worten „Sie gehören zu uns! Unser Land braucht Sie!“ wandte er sich direkt an Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Im August 2023 präsentierte die Innenministerin und SPD-Politikerin Nancy Faeser einen Gesetzesentwurf zur Verschärfung des Asylrechts. Er umfasst die Forderung nach einer Art Sippenhaft, also die kollektive Verurteilung, Bestrafung und anschließende Abschiebung einer Familie aufgrund eines Vergehens, das von einem Familienmitglied begangen wurde. Der Entwurf wurde nur knapp gekippt.

Im Schatten kampagnenartiger Debatten über „importierten“ oder „arabischen“ Antisemitismus, der Hetze gegen Shisha-Bars und „arabische Clanfamilien“ und den rassistischen Hetzjagden durch die Presse insbesondere gegen migrantische und Palästina-solidarische Aktivisten wird der Bau eines der größten Abschiebezentren Europas in direkter Nähe zum Flughafen BER, zur beschleunigten Deportation geplant. Breite politische Gegenwehr bleibt bislang aus.

KONTINUITÄTEN

Weder die Debatten noch die Maßnahmen zur Einschränkung von Migration und Asyl sind neu. Sie werden von einer grundsätzlich rassistischen Abwertung nicht-weißen Lebens begleitet. Das geltende Migrationsregime bedeutet Freiheitsentzug, umfassende staatliche Kontrolle und wirtschaftliche Sanktionierung. Darin zeigen sich interessante Parallelen zum für die USA beschriebenen „Prison-Industrial-Complex“, der die Ausbeutung von Gefängnisinsassen im Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft untersucht. (Dazu später mehr.)

Die Asyl-, Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik in Deutschland war schon immer ein Spiegel von Wirtschafts- und Arbeitsmarktinteressen. Exemplarisch zeigt sich das entlang der Gastarbeiterpolitik der 50er und 60er Jahre, die in den darauffolgenden Jahrzehnten in Integrations- und schließlich Ausschlussdiskurse umschlug. Bis hinein in die 70er Jahre wurden tausende sogenannte „Gastarbeiter“ zum wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Krieg angeworben. Migrant*innen sollten vorübergehend nach Deutschland kommen, als „Gäste“. Sie sollten ausschließlich in den Arbeitsmarkt integriert und in eigenen Siedlungen untergebracht werden, abseits der deutschen Gesellschaft.

Dem Ende der Kampagne schloss sich eine Phase der Illegalisierung von Migration an. Menschen, die weiterhin nach Deutschland kamen, wurden strukturell von einem legalen in einen illegalen Arbeitsmarkt gedrängt. In den 80er Jahren stiegen rechte Gewalttaten gegen Ausländer, in den 90er Jahren erreichten die Pogrome einen Höhepunkt.

Die nach der Angliederung der DDR in die Bundesrepublik gestiegene Zahl von Asylbewerber*innen wurde zum Anlass für das Aufblühen ausländerfeindlicher Narrative, die sich bis heute wiederholen. Erzählungen über angebliche Gefahren durch Einwanderung und der Ausnutzung von Sozialleistungen wurden in der Breite gestreut. Eine so entstandene migrationsfeindliche Stimmung bot die Basis für eine massive Einschränkung des Grundgesetzes. Ziel war der Artikel 16, der seit 1949 ein auch einklagbares Individualrecht auf Asyl einräumte. 1993 wurde dieser Artikel im Rahmen des sogenannten „Asylkompromisses“ ersetzt und eingeschränkt. Eingeführt wurde außerdem das bis heute bestimmende Asylbewerberleistungsgesetz, welches seit nunmehr über 30 Jahren Asylbewerber*innen vom Sozialsystem der Bundesrepublik ausschließt.

Im selben Jahr wurde die „Drittstaatenregelung“ (die Vorläuferin der Dublin-Verordnung) eingeführt, die insbesondere die Migration nach Deutschland, im Inneren

des Kontinents erschwerte. Regelungen zu „sicheren“ und „unsicheren“ Herkunftsländern wurden eingeführt. Abschiebe- und Asylablehnungsverfahren wurden erleichtert und das sogenannte Flughafenverfahren eingeführt. Es bedeutet, dass Menschen, die per Flugzeug einreisen, bis zu 19 Tage lang festgesetzt werden dürfen, damit ihr Flüchtlingsstatus geklärt und das Asylverfahren beschleunigt werden kann. Die aktuelle Lage spiegelt in verschärfter Form die politische Situation wider, die 1993 geschaffen wurde.

FREIHEITSBERAUBENDE MASSNAHMEN

Aufbauend auf dem „Asylkompromiss“ von 1993 wurden mit den Asylpaketen I und II der Jahre 2015 und 2016, dem Integrationsgesetz von 2016 und dem Migrationspakt von 2020 weitere Einschränkungen verabschiedet. Diese Gesetze beförderten einen dreifachen Entzug von Freiheiten: räumlich, wirtschaftlich und direkt/persönlich.

Maßnahmen, die Menschen räumlich ihrer Freiheit berauben, umfassen die Residenzpflicht, die verpflichtende Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung und Wohnsitzauflagen. Im Asylpaket I wurde erstmals der vorgeschriebene Aufenthalt von Asylbewerbern in Aufnahmeeinrichtungen auf sechs Monate verlängert, in den folgenden Jahren stieg die Zeit immer weiter an, bis im Jahre 2019 der Beschluss gefällt wurde, dass Asylsuchende bis zum Ende ihres Verfahrens (bis zu 18 Monate) in diesen Einrichtungen verbleiben müssen. In einigen Fällen verlängert sich diese Zeit noch, wenn die Verfahren blockiert oder das Asyl abgelehnt wird. Zusätzlich fallen Asylsuchende unter die Residenzpflicht, der zufolge sie in einem bestimmten Gebiet (je nach Bundesland) bleiben müssen, solange ihr Asylverfahren läuft. Für Geduldete gilt dies ebenfalls für drei Monate. Die Verletzung der Residenzpflicht kann mit bis zu 2500 € Bußgeld oder einer Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr geahndet werden. Diese Einschränkung der Freizügigkeit widerspricht der Genfer Flüchtlingskonvention. Wenn die Residenzpflicht nicht mehr gilt und die Einkommensquelle unsicher ist, folgen darauf Einschränkungen bei der Unterbringung, denen zufolge der Wohnort auf einen bestimmten geografischen Bereich beschränkt ist, je nach Verantwortungsbereich der zuständigen Behörde.

Bei den Maßnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit geht es um Kontrollierbarkeit, sodass sich Flüchtlinge weiteren Bestimmungen und der Bürokratiespirale nicht entziehen können. Sie werden immer wieder daran erinnert, dass Freizügigkeit für sie nicht gilt.

Maßnahmen, die Menschen wirtschaftlich ihrer Freiheit berauben, umfassen Einschränkungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt und die Auszahlung von So-

zialeistungen. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist während der Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtung blockiert. Seit 2015 erhalten Geflüchtete aus „sicheren“ Herkunftsländern keine Arbeitserlaubnis, solange sie über keine langfristige Aufenthaltserlaubnis verfügen. Seit dem Asylpaket I von 2015 können Leistungen als Sachleistungen anstatt in Form von Bargeld ausgezahlt werden. Im November 2023 wurde beschlossen, in ganz Deutschland geltende Bezahlkarten einzuführen, mit der Absicht, Geldtransfers ins Ausland zu unterbinden und die Möglichkeiten zur Verfügung über die eigenen Finanzmittel deutlich einzuschränken. Der Staat ordnet an, was berechnigte Leistungen und Konsumgüter sind. Die Kürzung von Leistungen für Asylbewerber wird öffentlich mit der Entlastung des Staatshaushalts legitimiert.

Der sogenannte Asylkompromiss von 1993 ermöglichte die Durchsetzung einer Arbeitspflicht, die bisher nicht umgesetzt worden war. Dies änderte sich jüngst jedoch. Seit Februar 2024 gilt in Teilen von Bayern und Thüringen eine Arbeitspflicht für Geflüchtete. Sie werden verpflichtet, vier Stunden am Tag gemeinnützige Arbeit (aktuell vor allem in Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete) zu verrichten und erhalten dafür einen „symbolischen“ Betrag von 80 ct pro Stunde. Kommen sie dieser Verpflichtung nicht nach, können ihre Leistungen um 50-100 € gekürzt werden. Die Einführung solcher Regeln, die die Tatsache verschleiern, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt blockiert ist, nährt das migrantenfeindliche Narrativ, das wiederum die Grundlage für die Intensivierung dieser Praxis ist.

Eine Parallele zu US-amerikanischen Gefängnissen wird hier besonders deutlich. Verpflichtende Arbeitsmaßnahmen bedeuten extreme Ausbeutung und Disziplinierung. Im Falle einer Verweigerung, trotz unzumutbarer Arbeit, drohen Sanktionen, die fast einem zweifachen Monatsgehalt entsprechen können. Geflüchtete befinden sich ohnehin in einem materiellen Abhängigkeitsverhältnis zum Staat. Es zeichnet sich eine Zunahme der ökonomischen Kontrolle und Ausbeutung ab mit einem Trend des Ausschlusses von allgemeinen Arbeitnehmerrechten.

Maßnahmen, die Menschen direkt oder persönlich ihrer Freiheit berauben, umfassen den eingeschränkten Datenschutz, die vereinfachten Abschiebungsverfahren und die allgemeine Verschärfung der Abschiebeprozesse. Das Asylpaket I macht es einfacher, kranke Menschen abzuschicken. Seit 2015 müssen Abschiebungen nicht mehr frühzeitig angekündigt werden. Das „Rückführungsverbesserungsgesetz“ von 2024 ermöglicht es der Polizei, ganze Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen zu durchsuchen. Bisher war dies nur im Zimmer der gesuchten Person möglich. Im gleichen Gesetz wird es der Polizei erlaubt, die Mobilgeräte zur Überprüfung des Asylstatus einzusehen; Verdachtsmomente sind hierfür nicht notwendig. So kann

die Polizei Razzien in Unterkünften durchführen, wodurch Geflüchtete praktisch keine Privatsphäre mehr haben. Sie werden unter Generalverdacht gestellt, die Aufenthaltsbedingungen zu verletzen, werden kriminalisiert und entmenschlicht. Die prekäre Situation und die Lebensgefahr für Geflüchtete und Migranten in ihren Herkunftsländern werden benutzt, um Druck auszuüben und sie in Deutschland gefügig zu machen. Doch im Sinne des politischen Ziels, die Anzahl der Abschiebungen zu erhöhen, werden diese bedrohlichen Umstände gleichgültig hingenommen oder willentlich ignoriert.

GUTE UND SCHLECHTE MIGRANTEN: DIE WILLKOMMENSKULTUR

Parallel zur Verschärfung der Gesetzgebung 2015 wurde als Reaktion auf den Bürgerkrieg in Syrien eine Willkommenskultur inszeniert. Die Regierung präsentierte sich als moralisch integer, verhängte jedoch gleichzeitig Einschränkungen im Asylrecht. Der Staat verfolgte einen zweigleisigen Ansatz und säte Spaltung zwischen schutzbedürftigen und marginalisierten Gruppen. Auch heute steht die selektive Willkommenskultur für Fachkräfte immer höheren Hindernissen für andere Migrantengruppen gegenüber. Das 2020 beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) soll qualifizierten Fachkräften, vor allem aus Nicht-EU-Ländern, die Einreise und Erwerbstätigkeit erleichtern. Als qualifiziert gelten nach dem neuen Gesetz Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung sowie Hochschulabsolventen. Im November 2023 wurden weitere Änderungen im Rahmen des FEG beschlossen. Qualifizierte Fachkräfte erhalten einen Anspruch auf Aufenthalt, Asylsuchende sind von diesen Regelungen ausgeschlossen.

Indem hochqualifizierte Kräfte umworben und Migranten ohne formale Qualifikationen in den Niedriglohnsektor gezwungen und strukturell deklassiert werden, wird eine aktive Politik der Spaltung betrieben, die ein breites Arsenal von Narrativen kennt. Mit Labeln wie „Integrationsunwillige“, „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder schlicht guten und schlechten Migranten werden Marginalisierte gegeneinander ausgespielt.

Dazu zählen auch politische Diskurse über „antisemitische Ausländer“, die in erste Maßnahmen und Feldversuche übersetzt werden. Aufenthalt und Einbürgerungen werden, wie beispielsweise in Sachsen-Anhalt, an ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels geknüpft. Antisemitismus wird als Eigenschaft von Migranten definiert, ebenso wie Sexismus, Homophobie oder Kriminalität.

BEWERTUNG UND AUSBLICK

In ihrem Buch *Abolitionismus* beschreiben Thompson und Loick die Ideengeschichte zur Abschaffung von Gefängnissen. Sie verweisen auf Ruth Wilson Gilmore, die einen Zusammenhang zwischen dem Bau neuer Gefängnisse und staatlicher Regulierung in Krisen herstellt. Der Staat schaffe zunächst strukturelle Armutprobleme, um der Öffentlichkeit dann das Gefängnisssystem als angebliche Lösung multipler Krisen zu präsentieren. Thompson und Loick gehen spezifisch auf die Funktion von Gefängnissen zur (Re-)Produktion von Gewalt und als Werkzeuge zur Isolierung, Erniedrigung und Entrechtung von Häftlingen ein. Inwieweit sich Elemente der Analyse des „Prison-Industrial-Complex“ auf das Migrations- und Asylregime übertragen lassen, muss noch weiter untersucht werden.

Die Migrations- und Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist ein Spiegel der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Sie dient dazu, wirtschaftliche und demografische Defizite auszugleichen, und ist gleichzeitig eine politische Projektionsfläche für sozioökonomische Krisen.

Die Hauptgründe für Migration (Kriege, Klimawandel und weltweite Ungleichheit) sind nicht nur strukturell mit dem kapitalistischen System verbunden, die Bundesrepublik Deutschland befördert sie aktiv. Bundeswehrbeteiligung an Militäreinsätzen in West- und Zentralasien oder in Nord- und Westafrika, neokoloniale Maßnahmen wie „Green Deals“, die die Fortsetzung der Unterentwicklung und Abhängigkeit im Globalen Süden fördern, einseitige Wirtschaftsabkommen und eine von kapitalistischen Interessen geleitete Entwicklungspolitik sowie die Weigerung, für die eigenen Kolonialverbrechen zu bezahlen, schaffen erst die Bedingungen, die Menschen zu Flucht und Migration zwingen.

Auf nationaler Ebene fungieren migrationspolitische Gesetze als Regulierungsmechanismus zur Ablenkung von den tatsächlichen Gründen sozialen Verwerfungen, wie steigende Lebensmittelpreise, Kinder- und Altersarmut und exponentiell ansteigende Mieten. Die Konstruktion der Geflüchteten als Sündenbock spielt eine tragende Rolle. Politische Debatten über Migration bietet rechten Demagogen eine Öffentlichkeit, die sie zur gezielten Spaltung der verschiedenen von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen nutzen.

Die deutsche Migrations- und Asylgesetzgebung schafft ein engmaschiges Kontroll- und Abhängigkeitsregime, dem sich Migrantinnen und Migranten unterwerfen müssen, um sich um einen Aufenthaltsstatus zu bewerben. Alles wird überprüft

und muss nachgewiesen werden, vom Flüchtlingsstatus bis zur Integrationsfähigkeit, die anhand der Erfüllung bürokratischer Anforderungen, der Akzeptanz unwürdiger Arbeitsbedingungen oder der Verwendung gebilligter Sozialleistungen gemessen wird. Ein Unterwerfungszustand und eine Kultur der Einschüchterung, aus dem sich Migranten und Geflüchtete versuchen müssen schrittweise im Sinne der „Integration“ freizukämpfen. Ihr Recht auf Privatsphäre, Bewegungsfreiheit und Würde müssen sie dabei auf der Strecke lassen. Selbst bei Erfolg bleibt am Ende ein rassistisch-ausschließender Diskurs.

Migranten und Geflüchteten werden zu ökonomischen Objekten reduziert und zur Rangiermasse für politische Krisenbewältigung gemacht. Extreme Ausbeutung, Isolierung, Kriminalisierung und Existenzängste sichern die strukturell nützliche wirtschaftliche Funktion migrantischer Arbeitskraft. Zum Schutz der Grenzen wird eine Festung gebaut. Wer es in diese Festung schafft, wird mit einem Status der Inhaftierung und Entrechtung und einer Parallelexistenz abseits der restlichen Gesellschaft bestraft.

MAGRATIONS POLITIK ALS KONTROLLIERTE ZU- UND ABWANDERUNG VON ARBEITSKRÄFTEN

von Pawel Wargan

DIE POLITISCHE DISKUSSION

Wie in weiten Teilen der westlichen Welt bewegt sich die Debatte über Migration in Polen zwischen zwei scheinbar widersprüchlichen politischen Ansätzen. Der eine betrachtet Migration als eine Frage der nationalen Sicherheit und führt zu einer Politik der Ausgrenzung. Der andere stellt Migration als moralische oder wirtschaftliche Notwendigkeit dar und argumentiert für eine Politik der Offenheit.

Die sogenannte „Migrationskrise“ in Europa — die sich in Polen am deutlichsten im Zustrom von Geflüchteten über die polnisch-belarussische Grenze seit August 2021 niederschlägt — fällt in die erste Kategorie. Die politische Reaktion in Polen zeichnete sich durch eine drastische Eskalation staatlicher Gewalt aus, darunter Pushbacks und der Bau einer Grenzmauer. Die Reaktion liberaler Kräfte, unter anderem der polnischen parlamentarischen Linken und des nichtstaatlichen Sektors, konzentriert sich hauptsächlich auf die Kritik an Polizeigewalt und Anschuldigungen, der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenko würde Migration als Teil eines „hybriden Krieges“ nutzen — Darstellungen, die die eigentlichen Ursachen der Migration ignorieren.

Im Gegensatz dazu entschied sich Polen angesichts des massenhaften Zustroms ukrainischer Migranten nach dem „Euromaidan“-Staatsstreich 2014 — und insbesondere nach der Eskalation des Konflikts im Februar 2022 — für eine großzügige Willkommenspolitik. Die Migration aus der östlichen Peripherie Polens wurde als Instrument zur Schließung von Lücken auf dem polnischen Arbeitsmarkt oder als moralische Verpflichtung dargestellt. Obgleich in Polen fast ein Jahrzehnt lang um die Formulierung einer Migrationspolitik gerungen wurde, wurden neue Maßnahmen in Rekordgeschwindigkeit eingeführt. Schon drei Wochen nach dem russischen Kriegseintritt in der Ukraine verabschiedete die polnische Regierung Gesetzesgrundlagen für die weitreichende finanzielle und soziale Unterstützung, die ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern in Polen zur Verfügung steht.

Trotz der Versuche, die Migrationsfrage als parteipolitische Kontroverse darzustellen, verbindet die führenden politischen Parteien größtenteils eine einheitliche Haltung. Donald Tusks liberale Bürgerplattform (PO), die nach den Parlamentswahlen im Oktober 2023 erneut an die Macht kam, behielt die Politik und den Diskurs der Vorgängerregierung bei — trotz wiederholter Appelle zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Politik der Pushbacks zu beenden.⁹ „Bitte glauben Sie mir — und ich sage das mit Blick auf die Situation in den USA — dass dies eine echte Überlebensfrage unserer westlichen Zivilisation ist“, sagte Tusk im Februar 2024. „Wachen wir endlich auf und verstehen, dass wir unser Staatsgebiet, unsere Grenzen schützen müssen, dass unsere Welt zusammenbrechen wird, wenn wir unkontrolliert allen Formen der Migration gegenüber offen bleiben.“¹⁰

Die Bürgerkoalition (KO), ein Zusammenschluss liberaler Parteien, in dem die PO die überwältigende Mehrheit der Sitze innehat, betonte, die polnische Grenze würde „sicher bleiben“, und verpflichtete sich zur „Modernisierung“ des Grenzzauns, der unter der Regierung der Partei Recht und Gerechtigkeit (PIS) gebaut wurde.¹¹ Tusk machte außerdem deutlich, dass Polen sich weiterhin weigern würde, sich am Neuansiedlungsprogramm für Flüchtlinge des EU-Migrationspakts zu beteiligen,¹² und versprach, Polen würde „nicht einen einzigen Migranten aufnehmen“.¹³

Im liberalen Diskurs ist die Debatte den zugrunde liegenden wirtschaftlichen Zusammenhängen weitgehend ausgewichen und hat sich stattdessen auf die Frage konzentriert, inwieweit Polen sich in Richtung „Multikulturalismus“ oder „Assimilierung“ entwickeln sollte, um den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Sicherheit Rechnung zu tragen. Katarzyna Chimiak, Leiterin des Migrationsprogramms beim Instytut Spraw Publicznych, brachte die liberale Position auf den Punkt: „Menschen, die Wissen und Fähigkeiten mit nach Polen bringen ... Sie sind keine Last. Sie sind Kapital.“¹⁴

POLENS AUSWANDERUNGSKRISE

Zuwanderung nach Polen kann nicht ohne den Kontext des Massenexodus der eigenen Erwerbsbevölkerung verstanden werden. Durch den Beitritt Polens zur Europäischen Union 2004 verließen mehr als zwei Millionen polnische Arbeitskräfte das Land zugunsten anderer europäischer Staaten mit einer hohen Nachfrage nach niedrig bezahlter Arbeit, vor allem Richtung Großbritannien und Irland.¹⁵ In einer Erhebung aus dem Jahr 2013 gaben 14 % der polnischen Erwachsenen an, seit 2004 zumindest eine Zeit lang im Ausland gearbeitet zu haben — ein Viertel davon mehr als ein Jahr lang.¹⁶

Damals wurde Migration als Teil der Lösung für den dramatischen Arbeitskräftemangel verstanden, der in Schlüsselbereichen der polnischen Wirtschaft aufzutreten begann. Als Reaktion darauf führte die polnische Regierung 2006 und 2007 ein neues und vereinfachtes Verfahren für die Anstellung ausländischer Arbeitskräfte ein. Dieses Verfahren galt zunächst für ausgewählte Stellen in der Landwirtschaft und war auf Polens Nachbarländer beschränkt. Bald wurden die Einschränkungen aufgehoben und das Programm wurde auf Menschen aus Armenien, Belarus, Georgien, Moldau, Russland und der Ukraine ausgeweitet.

2012 verabschiedete die polnische Regierung das Dokument „Polnische Migrationspolitik – Aktuelle Lage und Handlungsvorschläge“¹⁷ – seit 1989 der erste Versuch, eine nationale Migrationspolitik zu formulieren. Der Zeitraum nach dem EU-Beitritt, so hieß es im Dokument, „schuf Raum für Veränderungen auf dem polnischen Arbeitsmarkt und führte zu Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften“¹⁸, um die durch die Abwanderung polnischer Arbeitskräfte entstandenen Lücken zu schließen. Dieses richtungweisende Dokument wurde von der PiS-Regierung kurz nach Regierungsübernahme 2015 verworfen. Die Versuche eine neue Politik zu entwickeln, wurden hinausgezögert und waren von Kontroversen überschattet. Bis heute verfügt Polen über keine formelle Migrationspolitik und der polnische Umgang mit Migration ist willkürlich und reaktiv.¹⁹

LEGENDE VON ZWEIERLEI MIGRANTEN

Der Arbeitskräftemangel in Polen hat sich erheblich auf das Kapital ausgewirkt, insbesondere im Landwirtschafts- und Bausektor.²⁰ „Ob es uns gefällt oder nicht, wir brauchen eine hohe Anzahl von Arbeitskräften, hauptsächlich aus dem Osten“, sagte Dariusz Blocher, Geschäftsführer des größten polnischen Bauunternehmens Budimex, im Jahr 2017. „Es gibt Baustellen in Polen, auf denen ungefähr 50 % der Arbeitskräfte aus dem Ausland kommen, hauptsächlich aus dem Osten: Ukraine, Belarus, Moldau“, so Blocher.²¹ Mehr als 680 000 ausländische Staatsangehörige erhielten 2017 in Polen eine Aufenthaltserlaubnis, 90 % davon bekamen Arbeitsvisa. Bei der überwiegenden Mehrheit handelte es sich um Migranten aus der Ukraine, auf der Suche nach besseren Arbeitsbedingungen in Polen.²² Das ukrainische BIP ist seit dem Staatsstreich von 2014 um die Hälfte gesunken, und die darauffolgenden Liberalisierungsmaßnahmen öffneten die Ukraine für imperialistisches Kapital und führten zu einem Abbau der Arbeitnehmerrechte. Heute verfügen etwa 756 000 ukrainische Staatsangehörige über formelle Arbeit in Polen — hauptsächlich im Verwaltungsdienst, in der Industrie sowie im Bau- und Transportsektor.²³

Die Integration osteuropäischer Arbeitskräfte in die polnische Wirtschaft steht in einem deutlichen Gegensatz zur polnischen Haltung gegenüber Geflüchteten aus mehrheitlich muslimischen westasiatischen Ländern. Anfang 2015 verschob sich die Diskussion in Polen aufgrund des Zustroms von Geflüchteten nach Europa. Migration wurde nun vor allem als Sicherheitsfrage und Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt betrachtet. Die PO-Regierung gab dem Druck seitens der Europäischen Union nach und erklärte sich widerwillig bereit, 6 200 Migranten als Teil des EU-Neuansiedlungsprogramms aufzunehmen. Im gleichen Jahr gelangte die PiS mit dem deutlichsten Wahlsieg in der postsozialistischen polnischen Geschichte an die Macht. Einer der Gründe dafür war ihre scharfe Anti-Migrationsrhetorik. Während des Wahlkampfes warnte PiS-Chef Jarosław Kaczyński bekanntlich davor, Migranten seien Träger von „Parasiten und Protozoen“.²⁴ Trotz seiner Ablehnung des PiS-Diskurses sprach sich Donald Tusk in seiner späteren Funktion als Präsident des Europäischen Rates beständig gegen das Umverteilungsprogramm von Flüchtlingen in der EU aus und stellte dieses Thema als eine Frage der Sicherheit der EU-Außengrenzen dar.²⁵

Bei ihrem Versuch, 2019 eine neue Migrationspolitik zu erarbeiten, bemühte sich die PiS-Regierung, die beiden Perspektiven auf Migration in Einklang zu bringen. Laut einem am 10. Juni 2019 veröffentlichten Dokument sollte sich die polnische Migrationspolitik am wirtschaftlichen Bedarf ausrichten. Es soll darauf orientiert werden „ausländische Arbeitskräfte mit angemessenen Qualifikationen zu gewinnen, um die durch demografische Entwicklungen hervorgerufenen Lücken auf dem Arbeitsmarkt zu schließen“. Gleichzeitig sollten die Sicherheitsmaßnahmen „vor dem Hintergrund des wachsenden Zustroms von Wirtschaftsmigranten und des erhöhten Risikos ihrer Radikalisierung in Bezug auf ihre Religion oder Weltanschauung“ verstärkt werden.²⁶ Im Dokument wurden Maßnahmen zur Assimilierung von Einwanderern aufgeführt, um die Bildung von „Parallelgesellschaften“ zu vermeiden, die die „nationale Einheit und allgemeine Sicherheit Polens“ untergraben würden. Dieses Dokument wurde nach umfassender Kritik aus der polnischen Zivilgesellschaft zurückgezogen und es wurde keine neue Version vorgeschlagen.

DIE ROLLE DER KIRCHE

Die Migration aus muslimischen Ländern erreichte nie ein solches Niveau, um weder ein „Sicherheitsrisiko“ noch einen großen wirtschaftlichen Nutzen für Polen darzustellen. Muslimische Geflüchtete wurden jedoch zur politischen Polarisierung und Spaltung der Arbeiterklasse ausgenutzt, während die tatsächliche Einigkeit der herrschenden Klasse in Polen in politischen Schlüsselfragen verschleiert werden. Polen wurde zum

fruchtbaren Nährboden für den migrationsfeindlichen Diskurs, der durch Europa fegte. Die Polnische Katholische Kirche spielte eine wichtige Rolle beim Fall der Volksrepublik Polen (PRL). In den 1990er stellte sie sich rasch auf die Seite der reaktionäreren Elemente der neuen kapitalistischen Ordnung. Die Dritte Republik verband sich mit der Vorstellung eines heiligen Erbes. Insbesondere unter der PiS-Regierung hat Polen Versuche einer Desäkularisierung des Staates und einen Diskurs über ein „Polen für die Polen“ erlebt — ein Anspruch auf das weiße, europäische Christentum. Die „Migrationskrise“ wurde häufig genau so beschrieben: als ein Aufeinanderprallen von Kulturen, bei dem „Wirtschaftsmigranten“ aus Westasien versuchen würden, Polens christliche Identität zu untergraben.

DIE ROLLE DES US-AMERIKANISCHEN IMPERIALISMUS

Der Fall Budimex ist in vielerlei Hinsicht beispielhaft für die Veränderungen, die seit dem Ende der PRL und der Integration Polens in das von den USA angeführte imperialistische System stattgefunden haben. In der PRL war Budimex eines von mehreren polnischen staatlichen Unternehmen, die Aufträge in ehemaligen Kolonien übernahmen. In den 1970ern und 1980ern arbeitete es an mehreren Projekten in Bagdad, Irak, die von Stadtplanung bis Bau reichten.²⁷ Diese wurden im Rahmen des sozialistischen Internationalismus durchgeführt, an dem sich die Länder des Ostblocks ausrichteten.

Das Ende der PRL und Polens Beitritt zur Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) führten zu einem grundlegenden Wandel von Polens internationaler Orientierung. Erstens wurde Polen zum Partner der US-amerikanischen imperialistischen Kriege in Westasien, darunter des Angriffskrieges im Irak, was erhebliche destabilisierende Auswirkungen hatte und zur Vertreibung von mehreren zig Millionen Menschen führte. Zweitens fing Polen an, es den westlichen Partnern gleichzutun und ergriff feindliche Maßnahmen gegen die Opfer dieser Kriege. So schloss Budimex im Jahr 2022 den Bau des 106 km langen Grenzzauns zwischen Polen und Belarus ab, mit dem der Zustrom von Flüchtlingen nach Europa verhindert werden sollte, die längst zur Rangiermasse westlicher Bestrebungen wurden, um die Regierung von Belarus zu stürzen.²⁸ Drittens kam es in Polen zu einem deutlichen Rückgang an Arbeitskräften, da Millionen Menschen für höhere Einkommen in den Westen zogen. Viertens wurde es selbst zum Nutznießer der Migration aus weiter östlich gelegenen Ländern, deren Arbeitskräfte in der Lage waren, die vom Budimex-Chef genannten Lücken zu schließen.

Diese Veränderungen zeugen von Polens spezifischer Position in der Hierarchie des

US-geführten imperialistischen Systems. Einerseits fiel Polen den Liberalisierungsmaßnahmen zum Opfer, die als Teil des Eintritts in die imperialistische Ordnung ergriffen wurden. Diese Maßnahmen führten zu einer massenhaften Privatisierung der polnischen Industrie, der Durchdringung der polnischen Wirtschaft mit ausländischem Kapital und einem Massenexodus polnischer Arbeitskräfte. Andererseits konnte Polen von seiner untergeordneten Position im imperialistischen System profitieren. Das Land erhielt finanzielle Zuwendungen von der Europäischen Union, hauptsächlich von Deutschland. Außerdem konnte es große Reserven billiger Arbeitskräfte aus seiner östlichen Peripherie absorbieren — hauptsächlich aus Ländern, die selbst den US-amerikanischen Regimewechselbestrebungen und den damit einhergehenden Liberalisierungsprozessen unterzogen wurden. Diese Veränderungen wurden von verschiedenen polnischen Regierungen energisch begrüßt. Mit anderen Worten, Polen hat sich sowohl zum Ausbeuter als auch zum Ausgebeuteten entwickelt — eine Dialektik, deren Widersprüche sich in der scheinbar wirren und chaotischen Herangehensweise an die Migrationsfrage zeigen.

DAS POLNISCHE PROLETARIAT

Die überwältigende Mehrheit der Polinnen und Polen haben ein positives Bild von den USA, der EU und der NATO.²⁹ Da diese Akteure die Hauptkräfte einer fortschreitenden imperialistischen Globalisierung sind, stellt dies ein erhebliches Hindernis bei der Entstehung eines Bewusstseins der Arbeiterklasse und einer starken antikapitalistischen Alternative dar. Die wenigen linksgerichteten Gewerkschaften, die im Land tätig sind, beschränken sich mehrheitlich auf eine allgemeine Kritik am Neoliberalismus und der Globalisierung, ohne die konkreten Dynamiken innerhalb des Imperialismus zu identifizieren, die die Bedingungen für Ab- und Zuwanderung herstellen. Abseits dieser Gruppen ist die Mehrheit des polnischen Proletariats demobilisiert und entpolitisiert.

SCHWEIZ

VON BUNKERN ALS UNTERKÜNFTE UND DER NORMALISIERUNG RASSISTISCHER DEBATTEN

von *Andrin Mando*

Kurz vor den EU-Wahlen zeichnet sich ein Wahlsieg des rechtsextremen Blocks ab, obwohl die EU-Außengrenzen so strikt bewacht sind wie noch nie zuvor. In der Schweiz ist der sogenannte Rechtsruck längst vollzogen. Hier werfen wir einen Blick auf die Entstehung und Durchsetzung der extremen Rechten im Herzen der Festung Europa.

Die extreme Rechte hat in Europa viele Namen: in Polen PiS, in Frankreich Rassemblement National, in Österreich FPÖ, in Ungarn Fidesz, in Italien Fratelli d'Italia, in Deutschland am ehesten AfD, in Spanien Vox, in Schweden Schwedendemokraten, in Griechenland Nea Dimokratia (ND). In der Schweiz trägt sie den Namen Schweizerische Volkspartei (SVP). Anders als in anderen europäischen Ländern handelt es sich dabei nicht um ein neues Phänomen, sondern um eine Partei mit jahrelanger Regierungsbeteiligung, die zwei der sieben Sitze im Bundesrat innehat. Im Herbst 2023 gewann sie die Parlamentswahlen und festigte ihre Position als stärkste Partei zum dritten Mal in Folge mit einem Stimmanteil von 27,9 %. Längst diktiert die hetzerische Politik der SVP medial und politisch den Takt. Ihre Vorherrschaft – insbesondere in Sachen Migration und Zuwanderung – zeigt sich daran, dass in politischen Debatten direkt oder indirekt immer irgendwie auf die SVP Bezug genommen wird.

Der Aufstieg der SVP begann in den 1990ern. Damals gelang es ihr, den EU-Beitritt der Schweiz zu verhindern. *Ein Sieg gegen sämtliche andere Parteien, die sich für eine Integration in die EU aussprachen.* Banken, Pharmaunternehmen, Industrie, Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände und die meisten reichen Familien waren für ein Ja zu Europa. Auf Seiten des Kapitals schlossen sich nur der Bauernverband, der schon damals von der SVP dominiert war, und einige kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der SVP-Linie an. Für KMUs war bereits damals zweifelhaft, ob das Liberalisierungsprojekt der EU für sie vorteilhaft sein würde. Im Vergleich zu großen internationalen Konzernen können KMUs ihre Produktion selten auslagern. Sie profitieren weniger von deregulierten Märkten. Regelungen auf staatlichen Territorien bewahren sie tendenziell davor, von größeren Konkurrenten geschluckt zu werden. In diesem Kontext präsentierte sich

die SVP demagogisch als militante Verteidigerin der direkten Demokratie, der Neutralität und der Unabhängigkeit, ohne jemals die Eigentumsfrage zu stellen. Die SVP erlangte ihre Mehrheit durch Nationalismus, Rassismus and Hetze gegen Migrantinnen und Migranten sowie durch Antiintellektualismus gegen eine liberale Politik. All dies ist seither nie mehr von der öffentlichen Bühne verschwunden.

RECHTSEXTREMER KONSENS

Über die Jahre gelang es der SVP den bürgerlich-demokratisch Rahmen immer mehr zu verschieben. Das Unsagbare wurde irgendwann sagbar, das Verteufelte wählbar und das Unvorstellbare schlicht politisch durchgesetzt. Dies spiegelt sich in zunehmend diskriminierenden Gesetzen, Gerichtsurteilen, Behördenpraxis, institutionellen Abläufen und Regelungen wider. Anstatt Asyleinrichtungen in Brand zu setzen, sorgt die SVP dafür, dass die Behörden isolierte, unterirdische Bunker in Betrieb nehmen, um Menschen systematischer abzuschieben, und lassen sich zugleich von Juristen bestätigen, dass alles menschenrechtskonform ablaufen würde.

Es ist jedoch nicht nur die SVP für die Verbreitung und Dominanz rechtsextremer Positionen verantwortlich. Die Mitte-Rechts-Parteien vertreten Positionen, insbesondere in der Migrations- und Asylpolitik, die sich höchstens im Tonfall von denen der SVP unterscheiden. Die parlamentarische Linke, die aus der Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) und den Grünen besteht, trägt ebenfalls einen Teil der Verantwortung: Sie läuft den Wählern hinterher, scheut internationalistische Positionen und kommuniziert eine Art Wohlfahrtsstaatnationalismus. Rentensystem, Sozialversicherung und Sozialpartnerschaft werden nicht als Klassenkompromisse dargestellt und verteidigt, sondern als spezifisch schweizerische Errungenschaften präsentiert. Obwohl sie sich energisch von der extremen Rechten distanziert, ist die parlamentarische „Linke“ weit davon entfernt, grundsätzlich mit der SVP zu brechen. Stattdessen hat sie jahrelang kollegial mit der SVP regiert und Politik betrieben.

EIN RASSISTISCHES MIGRATIONSSYSTEM

„Es kommen zu viele und die Falschen!“ Das war der SVP-Slogan im Wahlkampf 2023. Die SVP radikalisiert sich und treibt Behörden und andere Parteien vor sich her. Das aktuelle Migrationssystem wird jedoch von den gleichen Kräften unterstützt und maßgeblich mitbestimmt, die vor Jahren für den EU-Beitritt waren – teils mit der und teils gegen die SVP. Das Ergebnis kann als System aus zwei Kreisen beschrieben werden: ein innerer Kreis mit eigenen Regeln für Bürger aus der EU/EFTA-Region und ein äußerer Kreis für diejenigen, die von außerhalb dieser Region kommen. Da die beiden Kreise

hierarchisch ungleichwertig sind und die Interessen der Migrantinnen und Migranten beider Herkunftskreise den nationalen Wirtschaftsinteressen untergeordnet werden, handelt es sich um ein rassistisches und profitorientiertes System.

Für Migration aus dem inneren Kreis gilt relative Bewegungsfreiheit. Wer über einen Arbeitsvertrag oder Vermögenswerte verfügt, darf sich für längere Zeiträume niederlassen. Wer jedoch den Arbeitsplatz verliert, läuft früher oder später Gefahr, die Aufenthaltsbewilligung zu verlieren. Aufgrund des wachsenden Einflusses der SVP wurde die Freizügigkeit innerhalb des inneren Kreises deutlich beschnitten. Das Kriterium für die Zulässigkeit ist immer das gleiche: Ist die Migrantin oder der Migrant wirtschaftlich rentabel? Sobald dies in Zweifel gezogen wird, verliert sie oder er ihren oder seinen Wert in der kapitalistischen Gesellschaft.

Seit der Masseneinwanderungsinitiative im Jahr 2014 gilt ein Inländervorrang. Seitdem müssen offene Stellen zunächst mit Schweizer Staatsangehörigen besetzt werden. Mit der Ausschaffungsinitiative von Ende 2010 wurde eine Doppelbestrafung für Migranten eingeführt. Bestimmte Delikte werden seitdem nicht nur einmal durch eine Haftstrafe, sondern ein zweites Mal durch Ausweisung bestraft. Zusätzlich wurden im Zuge verschiedener Gesetzesänderungen Integrationsanforderungen eingeführt und verschärft. Wer die Sprache nicht ausreichend gut spricht oder Schulden hat, läuft Gefahr, die Aufenthaltsbewilligung zu verlieren.

Migrantinnen und Migranten aus dem äußeren Kreis sind einem deutlichen höheren Ausmaß an Gewalt ausgesetzt als die aus dem inneren Kreis. Grundsätzlich dürfen sie nicht in die Schweiz einwandern. Ausnahmen werden nur für ein begrenztes Kontingent privilegierter, gut ausgebildeter Arbeitskräfte gemacht. Diese müssen von Schweizer Unternehmen ausdrücklich eingeladen werden. Um Zuwanderung aus dem äußeren Kreis wirksamer einzudämmen, trat die Schweiz 2004 dem Schengen/Dublin-Abkommen bei. Dies zementierte die europaweite Abschottung gegenüber dem Globalen Süden noch weiter. 20 Jahre nach dem Schweizer Beitritt zum Schengenraum bestehen die Außengrenzen der Schweiz aus einem gigantischen Raum aus Überwachung, Kontrolle, Gewalt und Tod. Als Nicht-EU-Staat ist auch die Schweiz dafür mitverantwortlich.

GEWERKSCHAFTLICHE UNTERSTÜTZUNG

Um die Entwicklungen im schweizerischen Migrationssystem vollständig zu verstehen, lohnt es sich, die Gewerkschaften genauer zu betrachten, die potenziell ein Gegengewicht darstellen könnten. Ähnlich wie die parlamentarische Linke haben die Gewerkschaften keine Haltung eingenommen, die sich grundsätzlich gegen die

Einwanderungspolitik der Regierung stellt.

Um sie zur Zustimmung zur innereuropäischen Liberalisierung des Arbeitsmarktes zu bewegen, wurden ihnen mit sogenannten „flankierenden Maßnahmen“ neue relativ wirksame Instrumente an die Hand gegeben. Um den Lohndruck in den Unternehmen und Sektoren genauer zu beobachten, dürfen Gewerkschaften Lohninspektionen und Kontrollen in Unternehmen durchführen. Wenn regelmäßig Verstöße gegen Tarifverträge (in der Schweiz: Gesamtarbeitsverträge) oder gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgestellt werden, haben die Gewerkschaften ein Antragsrecht beim Bundesrat, um die Arbeitsbedingungen allgemein verbindlich zu regulieren. Wenn sie Recht bekommen, müssen alle Unternehmen einer Branche die vom Bundesrat diktierten Bedingungen einhalten, die wiederum von den Gewerkschaften kontrolliert werden können.

Der jahrzehntelange Mitgliederrückgang und die daraus folgende Schwäche bei der Mobilisierung und einem Verlust von Mitgliedereinnahmen hat jedoch dazu geführt, dass die Gewerkschaften sich auf die bürokratische Krücke der Flankierenden Maßnahmen verlassen, um Einkommen und Einfluss zu sichern. Das macht die Gewerkschaften de facto abhängig und noch handzahmer, als sie es in der Schweiz ohnehin sind. Als Ergebnis befürworten die Schweizer Gewerkschaften die Liberalisierung des Arbeitsmarktes innerhalb Europas (der innere Kreis), schweigen jedoch, wenn arbeitssuchende Migrantinnen und Migranten aus dem äußeren Kreis an Europas Außengrenzen geschlagen und dem Tode überlassen werden.

DYSTOPISCHE ZUSTÄNDE – DIE SCHWEIZ ALS VORBILD FÜR DIE EU

Die Schweiz ist Europameisterin im Abschieben. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) erinnert stolz Jahr für Jahr daran, dass „*die Schweiz weiterhin eines der vollzugsstärksten Länder Europas*“ sei. 2023 wurde die Ausschaffung von 3.719 Menschen erzwungen. Das sind zehn Menschen pro Tag. Um diese Quote zu erreichen, unterzeichnete das SEM Ausschaffungsabkommen mit verschiedenen Drittstaaten.

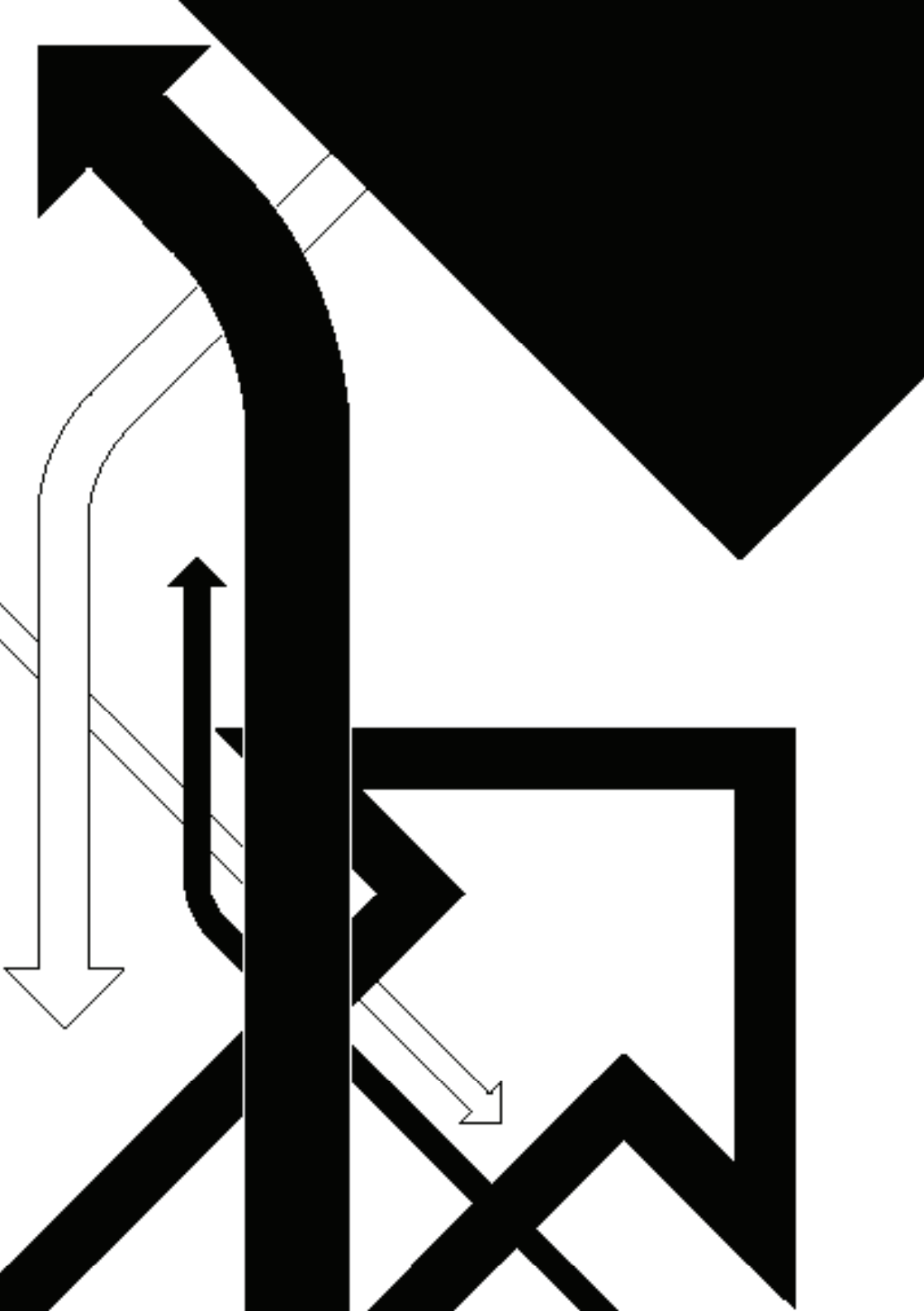
Widerstand gegen Abschiebungen wird dadurch, dass die Behörden den Abschiebezeitpunkt geheim halten dürfen. Menschen verschwinden, ohne sich jemals verabschieden zu können. In den meisten Fällen verschwinden Menschen zunächst in Haft, bevor sie abgeschoben werden. Dies kann 18 Monate dauern. Der Vergleich mit Deutschland zeigt die Härte des Schweizer Systems auf: Das deutsche Parlament verschärfte kürzlich die Regeln und verlängerte die sogenannte „Ausreisegewahrsam“ nach viel Streiterei und Protest von 10 auf 28 Tage – das ist 18-mal weniger als in der Schweiz.

Am 20. Dezember 2023 einigten sich die EU-Institutionen und -Mitgliedsstaaten auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Die deutsche NGO ProAsyl sprach von der „dystopischen Vision eines Europas der Haftlager“, die nun Realität werde. In der Schweiz ist die Dystopie der Lagerpolitik bereits seit 2019 Realität. Damals intensivierten die Behörden ihre Politik der Haftlager. Riesige Lager für Hunderte von Menschen wurden im ganzen Land eröffnet. Die meisten davon befinden sich an isolierten Standorten, häufig sogar in unterirdischen Bunkern. In diesen Lagern herrschen freiheitsbeschränkende Anwesenheitspflichten. Ausgang ist tagsüber meist nur von 9 bis 17 Uhr möglich; private Sicherheitsfirmen kontrollieren die Bewegungen. Auch das Betreuungspersonal arbeitet für gewinnorientierte Unternehmen. Es gelten strikte Hausordnungen und es gibt keine oder nur eingeschränkte Kochgelegenheiten. Alle müssen dieselbe Nahrung zu vorgeschriebenen Zeiten einnehmen. Die Lager werden von hohen Zaunanlagen umgrenzt, diese werden von einer ständigen Kameraüberwachung ergänzt. All dies verleiht den Lagern einen Gefängnischarakter, der den im Rahmen der gesamteuropäischen Asylreform angekündigten Lagern an den Außengrenzen in nichts nachsteht.

PRAKTISCHE SOLIDARITÄT

Die deutlichste Kritik am rechtsextremen Konsens und am rassistischen Migrationsregime wird aktuell von zahlreichen kleinen Basisinitiativen formuliert. Nur selten gelingt es, dass sich die Gruppen untereinander koordinieren. Trotzdem besteht zwischen ihnen ein Art außerparlamentarische Solidarität, die punktuell in Kampagnen zum Ausdruck kommt. Ein Beispiel hierfür ist das Referendum gegen Frontex. Es wurde von Basisinitiativen angestoßen, als der jährliche Beitrag für Frontex 2021 auf 61 Mio. CHF erhöht wurde. Obwohl das Referendum an der Wahlurne scheiterte, stärkte die Kampagne das öffentliche Bewusstsein für die schweizerische Verantwortung für Gewalt, Elend und Tod an den Außengrenzen des Schengenraums.

Mit dem Ziel, die gefängnisähnlichen Flüchtlingslager abzuschaffen, gehen verschiedene aktivistische Netzwerke vorwiegend mit der Waffe der Solidarität vor. Die staatlich geschaffene materielle Not wird durch Sachspenden gebrochen, auf soziale Isolierung wird mit Besuchsgruppen geantwortet, die räumliche Isolierung wird durch die Bereitstellung von Verkehrstickets gemildert und durch versteckte solidarische Wohnmöglichkeiten untergraben. Missstände werden dokumentiert und als Ausgangspunkt für politischen und öffentlichen Druck genutzt. Wenngleich mit begrenztem Einfluss und vielfach vereinzelt, zeigt sich in diesen Initiativen doch eine praktische Antwort auf die weitere Normalisierung des rassistischen Schweizer Migrationsregimes.



ITALIEN

WIE DIE EUROPÄISCHEN GRENZEN AUF DIE ANDERE SEITE DES MITTELMEERS VERSCHOBEN WERDEN

von Abdelouahad El Mir

Der Ansatz der italienischen Politik zum Umgang mit Migration ist seit langer Zeit der gleiche, ganz egal, ob eine Mitte-Links- oder Mitte-Rechts-Regierung an der Macht ist. Diese Kontinuität wurde beim Umgang mit den Geflüchteten, die seit den Migrationsbewegungen infolge des „Arabischen Frühlings“ zu einem der Hauptthemen der Wahlkämpfe wurde, noch offensichtlicher. Die italienischen Regierungen operieren im Wesentlichen innerhalb des immergleichen Rahmens, der sich durch Forderungen wie der nach einer Überarbeitung der Dublin-Verordnung³⁰ oder durch zunehmende Kriminalisierung und Überwachung von Personen ohne Papiere durch bürokratische Gesetze und Verwaltungen auszeichnet. Dazu gehören beispielsweise Anstellungsquoten für Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern und repressive Maßnahmen gegen NGOs, die sich für Notrettung einsetzen, oder gegen Asylrechtsaktivisten.

Das Ergebnis, das die beiden politischen Blöcke erzielt haben, war nicht – wie in den Wahlkämpfen versprochen – eine Abnahme der Zahl der Einreisenden, sondern eine höhere Anzahl „illegaler“ Personen (also ohne Papiere) auf italienischem Gebiet. Einerseits ist schwierig, diese Personen völkerrechtskonform umzusiedeln, andererseits finden sie auf dem Arbeitsmarkt leicht irreguläre und informelle Beschäftigung.

Dieser politische Ansatz regelt somit eher den konstanten Zustrom von Arbeitskräften aus Nicht-EU-Ländern, er hält deren benachteiligte Situation aufrecht, indem ihnen eine Aufenthaltserlaubnis verweigert wird und sie demzufolge zu Beschäftigung in der informellen Wirtschaft gedrängt werden. Diese Arbeitskräfte sind für die nationale Wirtschaft unabdingbar, besonders in Branchen, die sich durch eine hohe Präsenz ausländischer Arbeitskräfte auszeichnen, und in der Saisonarbeit, beispielsweise im Bereich der persönlichen und kollektiven Dienstleistungen (31,6 %), in der Landwirtschaft (17,7 %), in der Gastronomie (17,3 %) und beim Bau (15,6 %).

Laut der ISMU-Stiftung³¹ wurde die Anzahl von Menschen ohne Papiere 2023 auf mehr als 458 000 geschätzt, wobei erwartet wird, dass diese Zahl infolge der jüngs-

ten Dekrete steigen wird, die den Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis weiter erschweren. Der strukturelle Mangel an Arbeitsinspektoren, der politische Wille, die Interessen der strategischen Sektoren der italienischen Wirtschaft nicht zu stören, und die Präsenz von fast einer halben Million Arbeitskräfte ohne Papiere sind grundlegende Elemente, ohne die der italienische Kapitalismus nicht funktioniert. Die Verfügbarkeit illegaler Arbeitskräfte, die leicht auszubeuten sind und wenig kosten, gleich die eingeschränkten Investitionen in Innovation und Forschung, die Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität der italienischen Wirtschaft beeinträchtigten, bisher aus.

Der Umgang mit Migration ist unweigerlich mit Italiens kolonialer Vergangenheit verbunden, obwohl die Geschichte sich von der anderer europäischer Länder unterscheidet. Ausdruck fand dies in der Unterstützung der NATO-Mission zur Destabilisierung Libyens. Diese erfreute sich fast einstimmiger Unterstützung der politischen Kräfte im italienischen Parlament; und heute arbeitet die Regierung unermüdlich daran, Beziehungen zu libyschen Interessengruppen aufzubauen. Dieses Engagement trug 2018 erstmals Früchte, als die Abreisen von der libyschen Küste deutlich abzunehmen begannen, während 2023 als das Jahr in Erinnerung bleibt, in dem die Zahl der Flüchtenden, die aus Tunesien übersetzten die aus Libyen übertrafen.

Die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien beschränken sich nicht auf Nordafrika, sondern umfassen auch das Horn von Afrika, eine Region, die für den Energiesektor und den internationalen Handel von hoher Bedeutung ist. Der italienische Vorschlag einer Ministerkonferenz für das Horn von Afrika im Jahr 2022 und der Mattei-Plan (siehe unten) sind Teil dieses Prozesses. Die wirtschaftlichen und politischen Interaktionen zwischen Italien, Eritrea, Äthiopien und Somalia haben in den letzten zehn Jahren beständig zugenommen und wurden hauptsächlich durch das Bedürfnis nach Sicherung der Außengrenzen, die Regelung des Transits von Arbeitskräften, Sicherung der Energieversorgung und den Erhalt struktureller Investitionen in Infrastruktur und Telekommunikation angetrieben.

Das italienische Modell zum Umgang mit Migration in den letzten Jahrzehnten ist durch Falschmeldungen, extrem rassistische Narrative und Schlagwörter und die übermäßige Produktion von – oft unvollständigen – Gesetzestexten gekennzeichnet, die die Repression von Migranten und Flüchtenden tendenziell intensiviert und Räume für Schutz und Einhaltung von Menschenrechten zunehmend reduziert. Daten, die aus dem letzten Jahr Regierungstätigkeit unter Meloni hervorgehen, deuten auf eine deutlich autoritäre Tendenz hin. Mehr als 70 % der Gesetze wurden durch Noterlasse verabschiedet, ein Werkzeug, das üblicherweise nur unter dringenden Umständen verwendet wird und das reguläre demokratische Verfahren und die parlamentarische Diskussion umgeht. Diese Tendenz wurde

auch in anderen Bereichen der Gesetzgebung deutlich und wirft Fragen über das richtige Funktionieren der italienischen „Demokratie“ auf, in der die parlamentarische Debatte ignoriert oder lächerlich gemacht und die Macht in den Händen der Regierung konzentriert wird.

In diesem Beitrag werden wir einen kurzen Überblick über die Hauptmaßnahmen der italienischen Migrationspolitik liefern, sie dabei in interne und externe Ansätze unterteilen, sowie ihre Grenzen und Auswirkungen kritisch beleuchten, die im dominanten politischen und medialen Narrativ häufig verschleiert werden.

DER INTERNE UMGANG MIT MIGRATION

DEKRET GEGEN NGO-SCHIFFE

Die erste Maßnahme der Regierung Meloni im Januar 2023 zum Thema Migration war das Gesetzesdekret Nr. 1/2023, auch bekannt als „Verhaltenskodex für NGOs“. Auf der Grundlage des gesetzlichen Rahmens, der vom vorherigen Innenminister Marco Minniti (Demokratische Partei) eingeführt wurde, unterstützt die Meloni-Regierung das Narrativ, dass NGOs, die Such- und Rettungsaktionen im zentralen Mittelmeer durchführen, illegale Einwanderung aus Nordafrika erleichtern, anstatt dass sie sich auf die Rettung von Menschenleben konzentrieren, wie es das See- und Völkerrecht und die italienische Verfassung festschreiben. Dieses Narrativ, das bereits von verschiedenen Forschern und Analysten widerlegt wurde, hängt mit dem erstarkenden Sicherheitsnarrativ zusammen, das von der extremen Rechten gefördert wird und in dem es um „Invasion“ und „ethnischen Bevölkerungsaustausch“ geht. Letzterer Ausdruck wurde ebenfalls offen von Regierungsmitgliedern verwendet, etwa vom Landwirtschaftsminister Francesco Lollobrigida bei der Tagung des Gewerkschaftsbundes CISAL. Der im Gesetzesdekret erlassene Verhaltenskodex erschwert Rettungsaktivitäten erheblich. Er hindert NGO-Schiffe daran, mehrere Rettungen im Zuge einer Suche vorzunehmen und den nächsten Hafen anzulaufen, wie es das Seerecht vorschreibt, sondern zwingt die Schiffe vielmehr dazu, den Hafen anzu- steuern, der von der italienischen Marine zugewiesen wird. Bei Nichteinhaltung der neuen Regeln kann das Schiff beschlagnahmt, eine Geldstrafe von bis zu 50 000 Euro verhängt und möglicherweise ein Strafverfahren wegen Beihilfe zu illegaler Einwanderung angestrengt werden. Der Europarat verfasste einen Brief an Innenminister Matteo Piantedosi, in dem er die Aufhebung dieser Anordnung forderte, da sie die Seenotrettung im Mittelmeer erheblich einschränkt.

DAS CUTRO-DEKRET

Dieses Gesetzesdekret wurde im März 2023 eingebracht, direkt nach dem Schiffbruch vor Cutro am 26. Februar. An diesem Tag verloren auch wegen des Versagens der (unverzüglich alarmierten) Behörden mehr als 98 Menschen ihr Leben, darunter 34 Kinder. Die Überlebenden wurden von lokalen Fischern gerettet. Dies war kein Einzelfall in einem Meer, das zum größten Massengrab der Welt geworden ist – vor den Augen der Hafenbehörden und von Frontex. Das Dekret offenbart symbolische und tatsächliche Gewaltakte der letzten Jahre: Es beschränkt die Möglichkeit, internationalen Schutz zu beantragen, erstellt eine Liste von sicheren Ländern zur Beschleunigung der Prüfungs- und Abschiebungsverfahren und begrenzt die Möglichkeit, gesetzlich vertreten zu werden und letztendlich Berufung gegen die Entscheidung der Prüfungsausschüsse einzulegen. Im Dekret wird außerdem versucht, den sogenannten Schmugglern die Verantwortung zuzuschieben (ein komplexes Thema, zumal viele „Schmuggler“ selber Asylsuchende sind, die physisch dazu gezwungen werden, die Boote zu lenken, oder denen eine geringeres Reiseentgelt versprochen wird), für die eine Haftstrafe von bis zu 24 Jahren möglich ist. Nach diesem tragischen Ereignis erkannten die Behörden nicht nur ihre politische und institutionelle Verantwortung nicht an (die Europäische Union koordiniert keine Such- und Rettungsaktionen), sondern nutzten es im Gegenteil für die Einführung repressiverer Regeln.

DAS CPR-DEKRET

Nach dem Vorbild des kolonialen und israelischen Modells kann die Verwaltungshaft nun auf bis zu 18 Monate verlängert werden. Wenn die Territoriale Kommission für die Anerkennung des internationalen Schutzes (diese Behörde untersteht dem Innenministerium) einen Negativbescheid erteilt, oder in einer ganzen Reihe von Situationen, in denen die Aufenthaltserlaubnis entzogen werden kann, weil die Kriterien für ihre Erneuerung nicht erfüllt werden können, werden Menschen ihrer Freiheit beraubt (d.l. 124/2023).

DAS DEKRET ÜBER UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE

Seit Oktober besteht laut Dekret Nr. 133/2023 die Möglichkeit, unbegleitete Minderjährige in Zentren für Erwachsene zu inhaftieren und invasive medizinische Methoden zur Feststellung des Alters zu ge- bzw. missbrauchen – eine Profiling-Methode, die Minderjährige in eine Gefährdungs- und Risikolage bringt. Das Phänomen der steigenden Anzahl unbegleiteter Minderjähriger wird auf die immer restriktiveren Einwanderungsvorschriften und die Abwesenheit sicherer und regulärer Routen zurückgeführt.

DER INTERNATIONALE UMGANG MIT MIGRATION:

DER MATTEI-PLAN

Das Versprechen, „Einwanderung zu stoppen“, erwies sich als rassistisches rhetorisches Mittel und ein aus praktischen Gründen und vor allem aufgrund der Bedürfnisse des Arbeitsmarkts nicht umsetzbarer Slogan. Seit der Bildung der Meloni-Regierung im Oktober 2022 bis Dezember 2023 stieg laut Daten des Innenministeriums die Zahl der in Italien ankommenden Flüchtenden um 50 %, auf 155.000. Weder repressive Gesetzgebung noch Werbekampagnen, etwa Melonis mehrsprachiger Videoaufruf an Migranten und Flüchtende, Italien nicht als Ziel-land zu wählen, haben tatsächliche Auswirkungen gehabt.

Die von der Regierung Meloni verabschiedeten Maßnahmen für den Umgang mit Einwanderung haben sich auf die internationale Ebene verlagert. Es bestehen bilaterale Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern, die Forderung nach mehr Mitteln der EU-Institutionen für die Verwaltung der Aufnahme, Inhaftierung und Abschiebung sowie ein Plan zur Zusammenarbeit und Einflussnahme, der „Mattei-Plan“ genannt wird.

DAS TUNESIEN-MEMORANDUM

2023 wurde Tunesien zum wichtigsten Abreiseort nach Europa für Migrantinnen und Migranten auf der Durchreise. Trotz der heftigen sozialen und wirtschaftlichen Krise, rassistischen Äußerungen von Präsident Sayed und der zunehmenden Gewalt gegenüber Migrantinnen und Migranten aus Afrika südlich der Sahara erklärte Italien Tunesien zum sicheren Herkunftsland, in das abgeschoben werden kann.

Die Beziehung zu Tunesien wird durch die Notwendigkeit seitens Italien und der EU bestimmt, die Kontrolle über die Grenze im zentralen Mittelmeer auszuweiten. Italien versprach dem tunesischen Premierminister 105 Millionen Euro für die Überwachung und Inhaftierung von Migrantinnen und Migranten aus Afrika südlich der Sahara und bot sich als Mediator zwischen Tunesien und dem Internationalen Währungsfond an. Dort bat Tunesien um die Bewilligung eines Kredits in Höhe von 2 Millionen Euro, wofür im Ausgleich Ausgabenkürzungen und Sparmaßnahmen gefordert wurden. Ähnliche Abkommen wurden mit der Türkei (2016) und Libyen (2017) verabschiedet. Zwischen 2015 und 2022 erhielt Tunesien zwischen 95 und 175 Millionen Euro für den Grenzschutz, so die Openpolis-Stiftung (2023). Die Inhalte dieser Abkommen bleiben häufig undurchsichtig

und billigen oft Menschenrechtsverstöße. In den Protokollen der Territorialen Asylkommissionen gibt es Hunderttausende Zeugnisse über die systematische Gewalt, die Migranten und Geflüchtete in den Transitländern erleben, mit denen Abkommen geschlossen wurden.

DAS ALBANIEN-ABKOMMEN

Das jüngste bilaterale Abkommen der italienischen Regierung wurde mit Albanien geschlossen. Das im Februar 2024 vom italienischen Senat ratifizierte Abkommen regelt den Bau zweier Hafteinrichtungen auf albanischem Gebiet für Personen, die um internationalen Schutz ersuchen. Dieses Abkommen wirft rechtliche Bedenken in Bezug auf die Einhaltung des internationalen Asylrechts und die materielle Verwaltung dieser Einrichtungen auf, für die italienisches Recht gelten sollte. Durch dieses Modell der Auslagerung des Umgangs mit Flüchtenden wird ihr Recht auf juristischen Beistand und Sprachmittlung deutlich eingeschränkt. Möglichkeiten zur unabhängigen Kontrolle dieser Zentren durch Menschenrechtsverbände ist fast unmöglich.

MATTEI-PLAN, KOOPERATION, NEOKOLONIALISMUS

Im „Mattei-Plan“ sind 5,5 Milliarden Euro für den Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Italien und afrikanischen Staaten vorgesehen. Diese Ressourcen stammen teils aus dem Klimafonds und teils aus dem Kooperations- und Entwicklungsfonds. Namensgeber ist Enrico Mattei, der Gründer des Energieunternehmens ENI.

Oberflächlich scheint dies eine Abkehr vom raffgierigen Ansatz zu sein, der den westlichen Umgang mit afrikanischen Ländern auszeichnete. Die Premierministerin erklärte wiederholt, dass das Ziel des Plans sei, Italiens Energieunabhängigkeit zu erreichen, die durch Förderung einer fairen Beziehung zu afrikanischen Ländern möglich werden solle. Dies entspricht jedoch nicht genau dem Vorgehen des italienischen Konzerns ENI in Ländern wie Niger³² oder den mit „grünen“ Etiketten versehenen Förder- und Abbauprogrammen europäischer Konzerne. Selbst der Vorsitzende der Kommission der Afrikanischen Union Moussa Faki Mahamat kritisierte die hierarchische Steuerung des Prozesses und bemängelte die fehlende Einbeziehung der afrikanischen Länder. Außerdem wurde bei der Veranstaltung am 4. Januar 2024 die Nichtbeteiligung von Ländern wie Burkina Faso, Guinea, Liberia, Mali, Niger und Nigeria vermerkt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Am 23. September 2023 gab Giorgia Meloni zu, dass die Regierung Schwierigkeiten beim Umgang mit Zuwanderung habe: „Bei der Einwanderung hatte ich mir mehr erhofft. Wir haben hart gearbeitet, doch die Ergebnisse entsprechen nicht unseren Hoffnungen. Es ist ein sehr komplexes Problem, doch ich bin sicher, dass wir es lösen werden. Doch diese Herausforderung erfordert eine zweite Phase.“ Obwohl die Propaganda und die fast ausschließlich hierzu verwendeten öffentlichen Informationsdienste versucht haben, ein „pragmatisches“, einfaches und sehr direktes Narrativ darüber zu schaffen, welche Reformen das Land braucht, sieht die tatsächliche Situation anders aus. Einwanderung als soziales Phänomen, das in extremer Armut, bewaffneten Konflikten und Klima- und Umweltkatastrophen wurzelt, (die direkte Auswirkung des neokapitalistischen Produktionssystems sind), kann nicht aufgehalten werden, wird jedoch vom italienischen Wirtschaftssystem zur Erwirtschaftung von Profit entmenschlicht und ausgenutzt.

Wenn Menschen keine Papiere erteilt werden und somit ihr illegaler Status permanent wird, ist unschwer zu erkennen, dass hier auf die direkten Bedürfnisse des Arbeitsmarktes reagiert und eine soziale Hierarchie der Staatsangehörigkeit aufrechterhalten wird. Der Kostenanstieg für Waren und Energie und die de-facto-Rezession im Euroraum 2023 machen immer deutlicher, dass die Politik nicht eingreifen wird, um migrantische Arbeitskräfte zu schützen, weil dies einigen Schlüsselsektoren der italienischen Wirtschaft sofort schaden würde, etwa der Landwirtschaft, der Gastronomie, dem Bau und persönlichen Dienstleistungen, Sektoren also, in denen untypische Verträge und informelle und prekäre Arbeitsverhältnisse weit verbreitet sind. Migranten und Geflüchtete ohne Papiere sind nicht länger nur eine Reservearmee, die kleine und große Unternehmen zur Grundlage ihres Überlebens machen, sondern erfahren eine Entmenschlichung, die in Ghettos und Sklaverei mündet.

Die Politik der Meloni-Regierung und ihre Versuche, Bündnisse mit politischen Führungspersonlichkeiten wie Sunak, Rama und Sayed zu schmieden, entsprechen einem Modell des Umgangs mit Migration, das auf Repression, Verstößen gegen die Menschenrechte, Einschränkungen des Schutzes für internationale Asylsuchende und kollektiven Pushbacks in unsichere Drittstaaten beruht.

GROSSBRITANNIEN

„STOPPT DIE BOOTTE!“ DAS POLITISCHE MANÖVER DER EINWANDERUNGSDEBATTE

von Joti Brar

In Großbritannien findet wie in allen anderen imperialistischen Ländern aktuell eine hitzige und vergiftete Diskussion zum Thema Migration statt. Je mehr der Lebensstandard britischer Arbeitskräfte sinkt, desto lauter und eindringlicher wird diese Diskussion.

Ein Teil davon konzentriert sich auf die verhältnismäßig größere Anzahl von Migrantinnen und Migranten, die legal zum Studieren und Arbeiten einreisen (und die zum Teil später „illegalisiert“ werden, wenn sie ihre Visadauer überschreiten), doch der Großteil der Hysterie ist auf eine kleine Minderheit von Migranten fokussiert, die von vornherein auf „illegalem“ Wege in Großbritannien *eingereist* sind – sehr oft in der Hoffnung, Asyl zu beantragen, sobald sie angekommen sind.

Da legale Einreisemöglichkeiten für Asylbewerber über die offiziellen internationalen Verfahren oftmals blockiert sind, ist eine große Zahl von Flüchtlingen gezwungen, auf gefährlichen Umwegen zu reisen.³³ In den letzten Jahren hat das Durchgreifen gegen alternative Einreisewege dazu geführt, dass immer mehr Migrantinnen und Migranten mit kleinen Booten³⁴ über den Ärmelkanal einreisen.

Der Flüchtlingsrat³⁵ schreibt: „Die meisten Menschen, die den Ärmelkanal in kleinen Booten überqueren, fliehen aus Ländern in denen Krieg und Unterdrückung herrschen, in denen *es keine sicheren und offiziellen Wege gibt*, um im Vereinigten Königreich Asyl zu beantragen. Vier von zehn Personen, die den Ärmelkanal überqueren, kommen aus nur fünf Ländern – Afghanistan, Iran, Syrien, Eritrea und Sudan – die aktuell eine Asylbewilligungsquote zwischen 82 und 98 % aufweisen.

Obwohl so viele, die mit dem Boot ankommen, normale Geflüchtete sind, die keinen anderen Weg finden, Asyl zu beantragen, wurde die viel besprochene Zunahme bei dieser Einreisemethode genutzt, um ein weiteres Anfachen der Debatte zum Thema Migration zu rechtfertigen und die Forderung „Stoppt die Boote!“³⁶ zum Slogan zu entwickeln.

EIN TROPFEN AUF DEM HEISSEN STEIN

Zum Kontext dieses Narrativs: Die Bevölkerung von Großbritannien beträgt etwa 65 Millionen Menschen, die sich hauptsächlich im Südosten und der Mitte Englands konzentrieren. Die Anzahl von Migrantinnen und Migranten, die Großbritannien auf kleinen Booten erreicht und auf die sich ein so großer Teil dieser agitatorischen Debatte konzentriert, wurde auf ihrem Höhepunkt vor zwei Jahren auf weniger als 50 000 geschätzt.³⁷ Verfügbare Statistiken zeigen, dass diese Zahl seit November 2021 deutlich gesunken ist. Für letztes Jahr wird eine Zahl von etwa 30 000³⁸ angegeben.

Die offiziellen Statistiken sind oft ungenau und unvollständig und die Berechnungsmethode der Regierung wurde kürzlich geändert, was Vergleiche erschwert, doch die offiziellen Zahlen deuten darauf hin, dass die Anzahl der Migranten, die auf legalen Wegen von außerhalb der Europäischen Union nach Großbritannien einreist, seit dem Brexit gestiegen ist, parallel zur Abwanderung europäischer Arbeitskräfte.³⁹ Ein besonders hoher Anstieg war bei Visa für Studierende (da die deregulierten Universitäten versuchen, ihre Einnahmen zu steigern, indem sie aktiv Studenten aus dem Ausland anwerben und von ihnen astronomische Gebühren verlangen) und Fachkräfte zu verzeichnen (die Lücken auf dem britischen Arbeitsmarkt füllen sollen, da es billiger ist, auf anderswo ausgebildete Arbeitskräfte zurückzugreifen als selbst im Inland Fachkräfte auszubilden).

Bei der Anzahl der *Asylanträge* pro Kopf liegt das Vereinigte Königreich *in Europa auf Platz 22*⁴⁰ (mit nur 8 Anträgen pro 10.000 Menschen, gegenüber Deutschland mit 23)⁴¹, obwohl es eines der reichsten Länder der Region (und der Welt ist), und trotz seiner Verpflichtungen laut der Genfer Konvention. Im Gegensatz zur „feindseligen Umgebung“⁴², auf die die meisten Asylsuchenden in Großbritannien treffen, wurden jedoch in den letzten drei Jahren mehr als 200 000 Verfahren von Asylsuchenden aus Hongkong⁴³ und der Ukraine⁴⁴ *beschleunigt* – ganz eindeutig, weil ihre Aufnahme zur Propaganda passt, die die britische imperialistische Aggression gegen China und Russland unterstützt. Da sie sichere legale Kanäle für ihre Asylanträge im Vereinigten Königreich hatten, mussten keine dieser ukrainischen oder chinesischen Migranten das Risiko eingehen (und den Preis dafür zahlen), den Ärmelkanal in einem kleinen Boot zu überqueren.

Da die meisten Menschen, die nach Großbritannien einwandern, bereits Unterkünfte und eine Arbeitserlaubnis haben, werden sie schnell unsichtbar, verschmelzen mit der Erwerbsbevölkerung, schicken ihre Kinder in lokale Schulen usw. Die Art und Weise, mit Migranten, die illegal reisen, umzugehen, führt jedoch dazu, dass ihre

Präsenz in der Lokalbevölkerung, in deren Nähe sie untergebracht werden, deutlich hervorsteht, obwohl die absoluten Zahlen weiterhin niedrig sind. 2019 machte der Anteil der Menschen, die als Asylsuchende nach Großbritannien gekommen waren, nur 0,6 % der Bevölkerung aus.⁴⁵ Mehr als die Hälfte lebten bereits seit mehr als 15 Jahren im Land, was das alarmistische Bild, Großbritannien sei kürzlich von einer „Welle“ solcher Menschen überflutet worden, relativiert.

Die *vorgelich* „hohen Zahlen“ von Asylsuchenden, deren Verfahren noch nicht bearbeitet wurde, werden routinemäßig in extrem verarmten „postindustriellen“ Nachbarschaften mit geringer Beschäftigungsquote und großem sozialen Elend untergebracht. Vor diesem Hintergrund, in dem Bildung, Gesundheits- und Wohnraumversorgung sowie andere soziale Dienste und lokale Infrastruktur auf das Minimum reduziert wurden und den Bedürfnissen der Bevölkerung überhaupt nicht mehr entsprechen, kann auch die Anwesenheit einer recht kleinen Anzahl von Migranten in einem heruntergekommenen Hotel für Agitationszwecke genutzt werden.

Das System, das darin besteht, dass Asylsuchende in vernachlässigten Gebieten untergebracht werden, ihnen keine Arbeitserlaubnis erteilt und ihre Abhängigkeit von den kümmerlichen Zuwendungen (£ 7 pro Tag für alle Ausgaben) aufrechterhalten wird, während ihre Anträge in einem Verfahren versanden, das Jahre dauern kann, kann als Vorwand genutzt werden und wird auch regelmäßig als Vorwand genutzt, um Entrüstung über „Schmarotzer“ zu entfachen und Pogrome wegen angeblicher „Bedrohungen“ für Frauen und Kinder anzustacheln. Insbesondere die Angst vor asiatischen und afrikanischen Männern ist durch Jahrzehnte entmenslichender islamfeindlicher Propaganda geschürt worden, die mit den imperialistischen Aggressionen Großbritanniens gegen die Menschen in Somalia, Afghanistan, Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Iran, Palästina, Jemen und an anderen Orten einherging. Überbietungswettkampf im Wahljahr

Es ist ein akzeptiertes Narrativ unter bürgerlichen Kommentatoren, dass die Beschränkung der Migration eine „Forderung“ sei, die *spontan* unter den ärmeren Teilen der arbeitenden Klasse entstehe, und sie von einem grundsätzlich rassistischen und reaktionären Standpunkt handele. Die Politik, so wird dieses nützliche Narrativ weitergeführt, sehe sich dann gezwungen, auf diese Forderung einzugehen, um die Öffentlichkeit zu besänftigen. Dass drei Generationen von Arbeiterinnen und Arbeitern kontinuierlich eingebläut wurde, dass Einwanderung die Ursache ihrer Probleme sei, während ihr Lebensstandard sank, bleibt dabei natürlich vollkommen unerwähnt.

Medien von der reaktionären Boulevardzeitschrift *Sun*⁴⁶ bis hin zum liberalen

*Guardian*⁴⁷ sowie Politiker des linken Flügels der Labour-Partei und des rechten Flügels der konservativen Partei sind sich regelmäßig einig, dass „etwas getan werden muss“ und die einzige wirkliche Frage ist, *welche genauen Maßnahmen* gegen Migranten angewandt werden sollten.

Zusätzlich wird die gesamte Debatte durch die anhaltende Normalisierung offen faschistischer Haltungen gegenüber den Armen der Welt immer weiter nach rechts verschoben. Einerseits normalisiert die ständige Präsenz migrantenfeindlicher Hysterie im Establishment der Presse und Politik den Gedanken, dass Einwanderung ein großes Problem sei. Davon angestachelt treibt das faschistische rechte Lager das Thema mit irren Äußerungen zu seinem logischen Extrem. Andererseits rechtfertigen „etablierte“ Kreise die stetige Rechtsverschiebung ihres Diskurses mit der Behauptung, dass sie ansonsten Wähler an offene Faschisten verlieren würden. Durch dieses sorgfältig durchchoreografierte Tanztheater werden der faschistische Diskurs und offener institutionalisierter Rassismus zunehmend als „normal“ dargestellt.

Vor den Parlamentswahlen 2024 sind die britischen politischen Parteien in eine Neuauflage des immer gleichen Überbietungswettstreits verstrickt. In den 1960ern jagte die konservative Partei den Wählern mit dem Wahlspruch „If you want a nigger for a neighbour, vote Labour“ [Wenn Sie einen Neger als Nachbarn möchten, wählen Sie Labour] Angst ein, und die Labour-Regierung reagierte, indem sie Jungfräulichkeitstest für Bräute aus Asien einführte.⁴⁸ In der jüngeren Vergangenheit baute Tony Blairs Labour-Regierung Haftanstalten auf britischem Boden, in denen Asylsuchende, darunter kleine Kinder, über unbegrenzte Zeiträume unter furchtbaren Bedingungen festgehalten wurden, während ihre Anträge geprüft wurden.⁴⁹ Heute werden nicht nur einige Asylsuchende in ihre Transitländer zurückgeschickt, ohne dass ihr Antrag in Großbritannien geprüft wurde.⁵⁰ Dem Rest wird außerdem die Bearbeitung des Antrags in einem Drittstaat angedroht, ein System, das vom obersten britischen Gericht als gesetzeswidrig anerkannt und vom UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) als Verstoß gegen die internationalen Verpflichtungen Großbritanniens verurteilt wurde.⁵¹

Während dieser Beitrag geschrieben wurde, verabschiedete die aktuelle konservative Regierung im Parlament ein neues Gesetz, dessen Ziel es ist, Asylverfahren insgesamt auszulagern, indem ein bestimmter Drittstaat (Ruanda)⁵² bezahlt wird, um Asylanträge aus der Ferne zu prüfen und erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerbern ein Zuhause im Land anzubieten, anstatt es ihnen zu ermöglichen, nach Großbritannien zu kommen.⁵³ Am Morgen nach der Verabschiedung des Ruanda-Gesetzes im Parlament (Montag, der 22. April) erreichte uns die Nachricht einer weiteren Tragödie im Ärmelkanal. Fünf der 112 Menschen an Bord eines überfüll-

ten Bootes waren aus dem Boot gefallen und ertrunken – drei Männer, eine Frau und ein siebenjähriges Mädchen.⁵⁴ Der britische Premierminister vergoss angesichts dieser vollkommen vermeidbaren Tragödie Krokodilstränen, behauptete gleichzeitig, aus „Mitgefühl“ zu handeln, und nutzte die Nachricht als Gelegenheit, das neue Gesetz als „Lösung“ darzustellen, weil es eine Atmosphäre der „Abschreckung“ herstellen würde. Nach der Logik von Sunak und seiner Regierung sind Todesfälle auf See nicht das Ergebnis der Tatsache, dass Geflüchtete keine sicheren und legalen Kanäle haben, über die sie in Großbritannien Asyl beantragen können, sondern einzig und allein auf die Aktivität skrupelloser Schleuser zurückzuführen, die die Boote organisieren.

WORUM GEHT ES WIRKLICH?

Es liegt auf der Hand, dass Menschen weiterhin gezwungen sein werden, ihre Heimat zu verlassen, um vor Kriegen, Hunger und anderen Krisen zu fliehen, die ihre Existenz bedrohen. Diese Probleme – Krieg, Unterentwicklung und Verarmung – wurzeln in der imperialistischen Ausbeutung und Dominanz; keine staatliche Maßnahme kann die „Flut“ der weltweiten Massenmigration aufhalten, ohne dass die tatsächlichen Ursachen angegangen werden.

Was ist also der wirkliche Zweck und der tatsächliche Effekt der Flüchtlingspolitik der britischen Regierung? Ganz eindeutig geht es ihr nur darum, von den Problemen des kapitalistisch-imperialistischen Systems abzulenken. Das älteste imperialistische Land, in dem im weltweiten Vergleich immer noch riesige Vermögenswerte konzentriert sind, ist nicht dazu in der Lage, einem großen und immer größer werdenden Teil seiner Bevölkerung ein menschenwürdiges Leben zu sichern.

Das Konzept „echter“ und „falscher“ Asylsuchender und die Unterscheidung zwischen „legalen“ und „illegalen“ Einwanderern soll den Mythos stärken, dass Migranten die Ursache für die Armut der britischen Arbeiter sind und dass die Regierenden versuchen, uns vor diesen „Invasoren“ zu schützen. Gesetze gegen Einwanderung und die damit verbundenen öffentlichen Debatten sowie die Strafmaßnahmen zur Umsetzung zielen darauf ab, die in Großbritannien geborenen Arbeiter an die herrschende Klasse zu binden und eine Spaltung zwischen ihnen und den anderen Arbeitern zu erreichen.

Dies ist besonders deutlich, wenn man sich bewusst macht, welcher kleine Anteil selbst der „illegalen“ Migration nach Großbritannien betroffen sein wird, zumal die meisten „Illegalen“ in Großbritannien ohnehin mit einem Studierenden- oder

Tourismusvisum eingereist und dann unerlaubt geblieben sind. Das Ruanda-Gesetz kann gar keine Auswirkung auf diese mit Abstand größte „illegale“ Migranten-Gruppe in Großbritannien haben.

Es ist hier anzumerken, dass die sozialstaatlichen Zugeständnisse an britische Arbeiter aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg größtenteils durch eine *höhere Ausbeutung der britischen Kolonien* finanziert wurden, was von den Anführern der Arbeiterbewegung stillschweigend verstanden und akzeptiert wurde. Deren Verlust sei laut öffentlicher Darstellung nicht etwa auf eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses im Klassenkampf oder die Rückkehr der weltweiten Überproduktionskrise zurückzuführen, sondern auf die „unmögliche Belastung“ durch „zu viele Einwanderer“.

Die britischen Kapitalisten profitieren enorm von der Existenz eingeschüchterter „illegaler“ migrantischer Arbeitskräfte, die die staatliche Infrastruktur kaum in Anspruch nehmen, aber (durch ihre Arbeits- und Lohnbedingungen, die Sklavenarbeit gleichkommen) einen großen Beitrag zu kapitalistischen Gewinnmargen leisten. Sie ermöglichen eine Überausbeutung, wie sie sonst nur in unterdrückten Ländern möglich ist.

Massenmigration in der modernen Welt ist ein Phänomen, das gänzlich von der Aktivität des globalen Kapitals geschaffen wurde – insbesondere durch den Bedarf nach billigen und flexiblen Arbeitskräften, die an die Orte gebracht werden können, wo sie gebraucht werden. Die ersten Massenmigrationsbewegungen in Großbritannien verliefen vom Land in die entstehenden Industriestädte. Die nächste Welle kam aus Großbritanniens Kolonie Irland. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden „überschüssige“ Bevölkerungsgruppen aus Europa verschifft, um die Kolonien in der „neuen Welt“ zu besiedeln und zu kontrollieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde eine große Zahl von Arbeitern aus den armen Kolonien in die imperialistischen Mutterländer gebracht, um die steigende Nachfrage nach mit billigen Arbeitskräften zu decken.

Da so viel des weltweiten Reichtums nach Großbritannien geschafft wurde, ist es unvermeidlich, dass Menschen ihre verwüsteten Heimatländer auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben verlassen, dass ihnen durch imperialistische Plünderung verwehrt bleibt. Die Länder der unterdrückten Welt, die versuchen, ihren Reichtum zu schützen – indem sie beispielsweise ihre Schlüsselindustrien verstaatlichen – werden regelmäßig zur Zielscheibe imperialistischer Kriege oder Sanktionen (oder beidem). Dies führt unvermeidlich zu weiteren Strömen von Geflüchteten und Asylsuchenden, da die Infrastruktur und Wirtschaft ganzer Länder durch wirtschaftliche Strangulierung, durch B-1-Bomber und Munition mit abgereichertem Uran in Schutt und Asche gelegt wird.

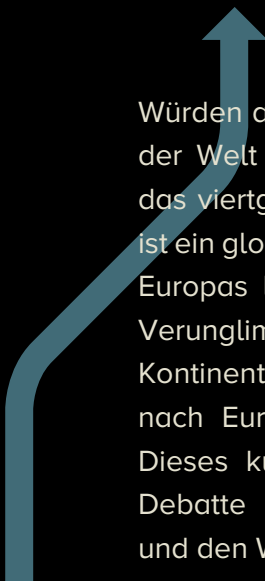
Spaltende Einwanderungsgesetze und der Rassismus, der notwendig ist, um sie zu rechtfertigen und zu verabschieden, schwächen uns und schaffen eine extrem ausgebeutete Unterschicht. Von diesem Prozess profitieren nur die Reichen, die internationalen Konzerne und die rechten Parteien. Die Gesetze und ihr reaktionärer Nährboden müssen in jedem Land und international aufgedeckt und bekämpft werden. „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!“ bleibt unsere Losung.⁵⁵

ENDNOTES


- 1 Tricontinental: Institute for Social Research: "Hyper-Imperialism: A Dangerous Decadent New Stage", January 2024. Online: <https://thetricontinental.org/studies-on-contemporary-dilemmas-4-hyper-imperialism/>
- 2 The Globalist: "Global Migration in perspective", April 26th, 2015. Online: <https://www.theglobalist.com/people-on-the-move/#:~:text=However%2C%20given%20the%20significant%20growth,was%2050%20million%20back%20then>
- 3 The Syrian Arab Republic, Ukraine, Afghanistan, South Sudan, Myanmar, the Democratic Republic of the Congo, the Sudan, Somalia, the Central African Republic and Eritrea. You can find more data in the current World Migration Report 2024. Online: <https://worldmigrationreport.iom.int>
- 4 http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4693292.stm
- 5 <https://www.mediapart.fr/journal/france/191223/immigration-une-loi-qui-bafoue-les-droits-les-plus-fondamentaux>
- 6 <https://www.mediapart.fr/journal/france/280124/la-loi-darmanin-enterine-de-profonds-reculs-pour-les-demandeurs-d-asile>
- 7 <https://www.ldh-france.org/migration-90-associations-relacent-lappel-a-emmanuel-macron-pour-une-convention-citoyenne-sur-la-migration/>
- 8 https://fr.wikipedia.org/wiki/Sondages_sur_les_élections_européennes_de_2024
- 9 Rzeczpospolita, 'Jakub Kiersnowski: Apelujemy do Tuska o ukrócenie pushbacków', <https://www.rp.pl/plus-minus/art39714591-jakub-kiersnowski-apelujemy-do-tuska-o-ukrocenie-pushbackow>
- 10 Polska Agencja Prasowa, 'Premier: pierwszym zadaniem państwa polskiego jest ochrona granicy', <https://www.pap.pl/aktualnosci/premier-pierwszym-zadaniem-panstwa-polskiego-jest-ochrona-granicy-0>
- 11 Polska Agencja Prasowa, 'Premier: pierwszym zadaniem państwa polskiego jest ochrona granicy', <https://www.pap.pl/aktualnosci/premier-pierwszym-zadaniem-panstwa-polskiego-jest-ochrona-granicy-0>
- 12 https://twitter.com/Platforma_org/status/1759160022200689151
- 13 <https://brusselssignal.eu/2024/01/poland-will-not-accept-eu-migration-pact-says-tusk/>
- 14 <https://etias.com/articles/eu-poland-migrant-policy-rejection>
- 15 Oko.Press, 'Gdzie jest polska polityka migracyjna? Nie da się rozwiązać wszystkich problemów pieniędzmi', <https://oko.press/gdzie-jest-polska-polityka-migracyjna>
- 16 Polityka migracyjna Polski – stan obecny i postulowane działania (2012), S. 7.
- 17 Poakcesyjnemigracjazarobkowe. https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2013/K_166_13.PDF
- 18 Polityka migracyjna Polski – stan obecny i postulowane działania (2012)
- 19 Ebd. S. 8.
- 20 Im Februar 2024 veröffentlichte die polnische Regierung einen Zeitplan für die Ausarbeitung einer umfassenden Migrationspolitik für 2025-2030. <https://www.gov.pl/web/mswia/harmonogram-prac-nad-stworzeniem-kompleksowej-odpowiedzialnej-i-bezpiecznej-strategii-migracyjnej-polski-na-lata-2025-2030>
- 21 Ebd. S. 9.
- 22 Reuters. 'Poland faces labour shortage for EU-funded infrastructure work in 2018- 2020 - CEO' <https://www.reuters.com/article/idUSL8N11V28T/>

- 23 Eurostat. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9333446/3-25102018-AP-EN.pdf/3fa5fa53-e076-4a5f-8bb5-a8075f639167>
- 24 Inertia Biznes. <https://biznes.interia.pl/praca/news-zus-ujawnil-ilu-ukraincow-pracuje-w-polsce-przoduje-jedno-wo,nId,7349609#:~:text=W+Polsce+pracuje+ponad+755,w+wieku+30-39+lat.>
- 25 Reuters. <https://www.reuters.com/article/idUSKCN0S918A/>
- 26 'Migration reopens EU's political divide' <https://www.politico.eu/article/migration-reopens-eu-political-divide/>
- 27 Polityka migracyjna polski. S. 2. <https://interwencjaprawna.pl/wp-content/uploads/2019/06/Polityka-migracyjna-Polski-wersja-ostateczna.pdf>
- 28 Łukasz Stanek, Architecture in Global Socialism
- 29 Budimex. 'Budimex kończy prace przy zaporze na granicy polsko-białoruskiej' <https://media.budimex.pl/pr/753618/budimex-kończy-prace-przy-zaporze-na-granicy-polsko-białoruskiej>
21. Pew Research Center, 'Spotlight on Poland: Negative Views of Russia Surge, but Ratings for U.S., NATO, EU Improve', <https://www.pewresearch.org/global/2022/06/22/spotlight-on-poland-negative-views-of-russia-surge-but-ratings-for-u-s-nato-eu-improve/>
- 30 Bei der Dublin-III-Verordnung (604/2013) handelt es sich um einen Vertrag zur Bestimmung des Mitgliedsstaats, in dem ein Asylantrag gestellt wird. Wie der ISPI-Forscher Matteo Villa (2023) feststellte, wurde die italienische Forderung nach einer Überarbeitung de facto bereits übertroffen: Von den 300 000 Menschen, die in den letzten Jahren aus anderen europäischen Ländern nach Italien hätten umverteilt werden sollen, wurden nur 35 000 tatsächlich umgesiedelt. Siehe <https://legrandcontinent.eu/it/2023/04/04/il-governo-meloni-e-in-grande-difficolta-sulla-questione-dei-migranti-una-conversazione-con-matteo-villa/>
- 31 Fondazione ISMU ETS (2024), Ventinovesimo Rapporto sulle migrazioni 2023, Franco Angeli, Milano.
- 32 Luca Manes, 'L'eredità tossica nel Delta del Niger. Chi paga il "genocidio ambientale"?' [Altreconomia.it](https://www.altreconomia.it/2023/09/01/eredita-tossica-nel-delta-del-niger-chi-paga-il-genocidio-ambientale/), 1. September 2023.
- 33 <https://fullfact.org/immigration/safe-and-legal-asylum-routes/>
- 34 <https://thecommunists.org/2020/08/19/news/look-balloons-another-migrant-scare-distracts-attention-from-corona-crisis-channel-boats/>
- 35 <https://www.refugeecouncil.org.uk/information/refugee-asylum-facts/understanding-channel-crossings/>
- 36 <https://thecommunists.org/2023/04/23/tv/daniel-obrien-ranjeet-brar-capitalism-immigration-stop-the-boats-bill-sunak-braverman/>
- 37 <https://www.gov.uk/government/statistics/irregular-migration-to-the-uk-year-ending-june-2023/irregular-migration-to-the-uk-year-ending-june-2023>
- 38 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2024-04-22/uk-rwanda-bill-what-s-behind-rishi-sunak-s-deportation-plans>
- 39 <https://migrationobservatory.ox.ac.uk/press/the-same-but-different-ons-finds-net-migration-has-levelled-off-after-two-years-of-strong-growth-reaching-606000-in-2022/>
- 40 <https://www.refugeecouncil.org.uk/latest/news/refugee-council-response-and-top-facts-from-the-governments-latest-immigration-statistics/>
- 41 <https://www.theguardian.com/uk-news/2022/nov/01/bravermans-invasion-claim-not-backed-by-facts-say-experts>
- 42 <https://www.independent.co.uk/voices/theresa-may-hostile-environment-quit-mp-b2509440.html>

- 43 <https://www.bbc.co.uk/news/world-asia-china-55357495>
- 44 <https://www.bbc.com/news/uk-61548979>
- 45 <https://migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/migration-to-the-uk-asylum/>
- 46 <https://www.the-sun.co.uk/news/27387451/aniket-mayela-saved-from-deportation-admits-rape/>
- 47 <https://www.theguardian.com/politics/live/2023/may/12/rail-train-strikes-conservatives-rishi-sunak-aslef-uk-politics-latest-news>
- 48 <https://www.theguardian.com/uk/2011/may/08/home-office-virginity-tests-1970s>
- 49 <https://archive.cpgb-ml.org/index.php?secName=proletarian&subName=display&art=136>
- 50 <https://www.refugeecouncil.org.uk/latest/news/refugee-council-response-and-top-facts-from-the-governments-latest-immigration-statistics/>
- 51 <https://news.un.org/en/story/2022/04/1116342>
- 52 <https://thecommunists.org/2022/05/17/news/monstrous-plan-deport-asylum-seekers-rwanda-boris-johnson-priti-patel/>
- 53 <https://archive.ph/Kj882>
- 54 <https://www.bbc.co.uk/news/world-europe-68880671>
- 55 H Brar, Capitalism and Immigration, Pamphlet der Partei CPGB-ML, zweite Ausgabe, veröffentlicht 2022
<https://thecommunists.org/2023/05/03/news/theory/book-capitalism-and-immigration-harpal-brar/>



Würden alle Migranten und Migrantinnen der Welt in einem Land leben, wäre es das viertgrößte Land der Erde. Migration ist ein globales Phänomen, aber aufgrund Europas langer Geschichte rassistischer Verunglimpfung von Menschen anderer Kontinente hält die Frage der Migration nach Europa die ganze Welt in Atem. Dieses kurze Dokument vertieft unsere Debatte über Migration, Imperialismus und den Weg in die Zukunft.



Vijay Prashad

Dänemark, Polen, die Schweiz, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien stehen beispielhaft für den opportunistischen und betrügerischen Umgang der europäischen Staaten mit Asyl, Flüchtlingen und Migration insgesamt.